



# Jahresabschluss 2006

der Bayer AG



**Zum Titelbild**

Mehr Kraft für neue Medikamente: Nach der erfolgreichen Übernahme von Schering durch Bayer gehen jetzt die Forscher der beiden Unternehmen gemeinsam auf die Suche nach neuen Arzneimitteln. Im Bild: Die Wissenschaftler von Bayer Schering Pharma, Dr. Ulrike Fuhrmann, ehemalige Schering-Mitarbeiterin, und Dr. Thomas Krämer, früher Bayer Pharma, tauschen ihre Erfahrungen aus. Im Hintergrund: ein Labor im Wuppertaler Forschungszentrum.

## Unternehmensstruktur

Die Bayer AG ist das Mutterunternehmen des Bayer-Konzerns. Als strategische Holding übernimmt sie die Rolle der Konzernführungsgesellschaft. Der Holding-Vorstand bestimmt unter anderem die Konzern-Strategie, legt das Portfolio fest, betreibt das Führungskräfte-Management, verteilt die Ressourcen und ist verantwortlich für das Finanz-Management des Konzerns. Er wird in diesen Aufgaben unterstützt von den Corporate-Center-Bereichen der Bayer AG. Zudem ist die Bayer AG Eigentümerin des Immobilienvermögens in den fünf deutschen Werken Leverkusen, Dormagen, Krefeld-Uerdingen, Wuppertal-Elberfeld und Brunsbüttel, das sie über die Bayer Industry Services GmbH & Co. OHG an die einzelnen Konzerngesellschaften vermietet.

Unter dem Dach des Konzerns betreiben die drei Teilkonzerne Bayer HealthCare, Bayer CropScience und Bayer MaterialScience ihr Geschäft eigenständig und mit weltweiter Geschäftsverantwortung im Rahmen der vom Holding-Vorstand festgelegten Strategien, Ziele und Richtlinien. Die operative Führung der Teilkonzerne liegt beim Vorstand der jeweiligen Teilkonzern-Obergesellschaft. In der Wahrnehmung ihres Geschäfts werden die Teilkonzerne von den drei Dienstleistungsgesellschaften Bayer Industry Services, Bayer Business Services und Bayer Technology Services unterstützt. Ihr Angebot richtet sich primär an Gesellschaften des Konzerns, aber auch an externe Kunden. Die Obergesellschaften der Teilkonzerne sowie die Dienstleistungsgesellschaften wurden jeweils in den Jahren 2002 und 2003 aus der Bayer AG ausgegliedert.

Die nachfolgend erläuterte Entwicklung der Geschäftslage bezieht sich auf den nach deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften erstellten Jahresabschluss der Bayer AG.

## Erwerb und Finanzierung der Bayer Schering Pharma AG

Im Laufe des Jahres 2006 hat unsere 100-prozentige Tochtergesellschaft Bayer Schering GmbH (vormals Dritte BV GmbH) einen Anteil von 96,2 Prozent am stimmberechtigten Kapital der Schering AG erworben. Ein zwischen Bayer Schering GmbH und Schering AG abgeschlossener Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag wurde am 27. Oktober 2006 ins Handelsregister eingetragen. Mittlerweile ist die Schering AG in Bayer Schering Pharma AG umbenannt worden; die Eintragung der Umfirmierung ins Handelsregister erfolgte am 29. Dezember 2006. Die erforderliche Mehrheit von 95 Prozent für einen Ausschluss von Minderheitsaktionären gegen Barabfindung gemäß §§ 327a bis 327f Aktiengesetz (Squeeze-out) hatten wir im 3. Quartal 2006 überschritten. Der Beschluss über den Squeeze-out der verbleibenden Minderheitsaktionäre der Bayer Schering Pharma AG wurde auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 17. Januar 2007 gefasst.

Für die Übernahme von Schering hat die Bayer Schering GmbH im Jahr 2006 einen Betrag von 16,2 MRD € ausgegeben. Diese Mittel wurden ihr von der Bayer AG mit

3,0 MRD € im Wege einer Kapitalerhöhung und mit 13,2 MRD € durch Konzerndarlehen zur Verfügung gestellt. Bei der Bayer AG wurde der zur Finanzierung notwendige Betrag mit 1,2 MRD € durch die Ausgabe neuer Aktien und mit 11,1 MRD € durch die Aufnahme von Fremdmitteln aufgebracht, wobei sich diese Angaben jeweils auf die Finanzierungssituation zum 31.12.2006 beziehen. Der verbleibende Betrag von 3,9 MRD € konnte aus vorhandener Liquidität gedeckt werden. Die Fremdmittel stammen mit 3,1 MRD € aus der Begebung von insgesamt drei Anleihen, 5,7 MRD € aus einem syndizierten Konsortialkredit und 2,3 MRD € aus einer konzerninternen Kreditaufnahme bei der Bayer Capital Corporation B.V., Niederlande, die ihrerseits eine entsprechende Pflichtwandelanleihe am Kapitalmarkt platziert hatte.

## Entwicklung der Umsatz- und Ertragslage

Mit 196 MIO € (Vorjahr: 197 MIO €) wurden im Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe des Vorjahres erzielt. 114 MIO € (Vorjahr: 123 MIO €) entfallen auf die Vermietung des der Bayer AG gehörenden Immobilienvermögens an die Obergesellschaften der Teilkonzerne und an die Dienstleistungsgesellschaften. Die verbleibenden 82 MIO € (Vorjahr: 74 MIO €) resultieren aus sonstigen Dienstleistungen, die nahezu ausschließlich für Konzernunternehmen erbracht wurden. Mit unbedeutenden Ausnahmen wurden die Umsatzerlöse in Deutschland erzielt.

Zur Erbringung der Umsatzerlöse wurden Herstellungskosten von 146 MIO € (Vorjahr: 134 MIO €) aufgewendet. Sie betreffen mit 64 MIO € die Immobilienvermietung, insbesondere die Abschreibungen des Vermietvermögens, und mit 82 MIO € die übrigen Umsätze. Das nach Abzug der Herstellungskosten verbleibende Bruttoergebnis von 50 MIO € (Vorjahr: 63 MIO €) macht 26 Prozent (Vorjahr: 32 Prozent) des Umsatzes aus und liegt um 13 MIO € unter Vorjahr.

Das operative Ergebnis hat sich um 107 MIO € auf -149 MIO € (Vorjahr: -42 MIO €) vermindert. Maßgeblich hierfür waren Sondersachverhalte, die sich per Saldo positiv im Vorjahresergebnis ausgewirkt hatten und sich im Berichtsjahr nicht wiederholt haben. So wurde 2005 aus der Veräußerung der von LANXESS genutzten Immobilien in den deutschen Bayer-Werken an die LANXESS Deutschland GmbH ein Sonderertrag von 201 MIO € realisiert. Nach Einstellung eines Teilbetrags von 66 MIO € in den Sonderposten mit Rücklageanteil hatten sich hiervon 135 MIO € im Ergebnis niedergeschlagen. Gegenläufig wirkten sich Aufwendungen von 18 MIO € im Zusammenhang mit Abspaltung und Börsengang von LANXESS aus, die das Ergebnis im Jahr 2005 belastet hatten.

Das Finanzergebnis – bestehend aus Beteiligungs-, Zins- und übrigem finanziellen Ergebnis – ist um 730 MIO € auf 1.449 MIO € (Vorjahr: 719 MIO €) angestiegen.

Deutlich verbessert ist vor allem das Beteiligungsergebnis, das mit 2.035 MIO € um 1.204 MIO € über dem des Vorjahres liegt. Hieran haben die Ergebnisübernahmen von inländischen Tochtergesellschaften maßgeblichen Anteil. Während im Vorjahr aufgrund von Ergebnisabführungsvereinbarungen per Saldo 628 MIO € als Ertrag vereinnahmt wurden, waren es im Geschäftsjahr 2.104 MIO €. Einen höheren Ergebnisbeitrag lieferte mit 509 MIO € (Vorjahr: 150 MIO €) die Bayer MaterialScience AG aufgrund des verbesserten Geschäfts. Die Bayer CropScience AG führte aufgrund ausländischer Dividenden-

einnahmen 942 MIO € (Vorjahr: 27 MIO €) und damit 915 MIO € mehr als im Vorjahr an die Bayer AG ab. Bei der Bayer HealthCare AG waren es 343 MIO € (Vorjahr: 368 MIO €) und damit 25 MIO € weniger. Die Bayer Chemicals AG erzielte durch den Verkauf ihres 49,9%-Anteils an der GE Bayer Silicones GmbH & Co. KG einen Gewinn von 330 MIO € und konnte damit insgesamt ein Ergebnis von 368 MIO € (Vorjahr: 12 MIO €) beisteuern. Von der Bayer Schering GmbH wurde erstmals ein Verlust von 256 MIO € übernommen; hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Finanzierungskosten für die Akquisition der Anteile an der Bayer Schering Pharma AG. Übrige Organgesellschaften trugen mit weiteren insgesamt 198 MIO € (Vorjahr: 71 MIO €) zum Ergebnis bei. Während die Organ-ergebnisse, also die Erträge aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen, insgesamt deutlich über dem Vorjahr lagen, wurde an Dividenden und zu erwartenden Ergebnissen von Personengesellschaften mit 14 MIO € (Vorjahr: 223 MIO €) ein deutlich geringerer Betrag vereinnahmt. Zudem belasteten Verluste aus dem Verkauf von Beteiligungsgesellschaften mit 87 MIO € (Vorjahr: Verluste von 6 MIO €) das Beteiligungsergebnis. Im Vorjahr vorgenommene Abschreibungen auf Beteiligungen von 14 MIO € konnten aufgrund entsprechender Wertentwicklung durch Zuschreibungen von 4 MIO € im Jahr 2006 teilweise kompensiert werden.

Das Zinsergebnis der Bayer AG hat sich infolge der Akquisition der Bayer Schering Pharma AG und der zu ihrer Finanzierung notwendigen Kapitalmaßnahmen verschlechtert. Es beträgt -475 MIO €, nach -199 MIO € im Jahr 2005. Einem Anstieg der Zinsaufwendungen um 571 MIO € steht ein weniger starker Anstieg bei den Zinserträgen um 295 MIO € gegenüber. Bei den Zinsaufwendungen resultiert der Anstieg vor allem aus konzerninternen Kreditaufnahmen mit 240 MIO €, aus Zinsswaps mit 145 MIO €, aus Bankkrediten mit 143 MIO € und aus Anleihen mit 32 MIO €. Höhere Zinserträge ergeben sich mit 181 MIO € vor allem aus der konzerninternen Kreditvergabe, insbesondere an die Bayer Schering GmbH, daneben mit 99 MIO € aus Zinsswaps.

Das übrige finanzielle Ergebnis ist mit -111 MIO € negativ, nachdem es im vorigen Jahr noch mit 87 MIO € positiv gewesen ist. Maßgeblichen Anteil am Ergebnisrückgang hatte die Verschlechterung des Ergebnisses aus der Währungsumrechnung. Während sich im Vorjahr per Saldo ein Kursgewinn von 90 MIO € ergeben hatte, überwogen im Jahr 2006 mit -51 MIO € die Kursverluste. Ergebnisbelastend wirkten sich auch die im Zusammenhang mit der Finanzierung des Schering-Erwerbs angefallenen Kosten aus. Bankgebühren für Anleihen sowie die Bereitstellung von Fremdmitteln beliefen sich auf 60 MIO € (Vorjahr: 10 MIO €). Die im Juli 2006 durchgeführte Kapitalerhöhung verursachte Kosten von 14 MIO €. Im Vorjahr war im sonstigen Finanzergebnis als größerer Einzelposten zudem ein Gewinn aus dem Rückkauf der an Bayer ausgereichten Pflichtwandelanleihe durch die LANXESS AG von 29 MIO € enthalten. Im Übrigen ist das Ergebnis durch die jährliche Aufzinsung der Personalrückstellungen belastet. Der Aufwand hierfür belief sich im Jahr 2006 nach anteiliger Weiterbelastung an die in den Jahren 2002 und 2003 ausgegliederten Teilkonzerne und Dienstleistungsgesellschaften auf 4 MIO € (Vorjahr: 31 MIO €).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, also die Summe von operativem Ergebnis und Finanzergebnis, beläuft sich auf 1.300 MIO € (Vorjahr: 677 MIO €). Es liegt damit um 623 MIO € über dem des Vorjahres. Nach Abzug der Ertragsteuern von 50 MIO € (Vorjahr: 64 MIO €) verbleibt hiervon ein Jahresüberschuss von 1.250 MIO € (Vorjahr: 613 MIO €), der mit 486 MIO € den anderen Gewinnrücklagen zugeführt und mit 764 MIO € als Bilanzgewinn ausgewiesen wird.

## Gewinnverwendung

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung am 27. April 2007 vor, den Bilanzgewinn von 764 Mio € zur Ausschüttung einer Dividende von 1,00 € (Vorjahr: 0,95 €) je Aktie (764.341.920 Stück) auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 1.957 Mio € zu verwenden.

## Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage

Die Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage der Bayer AG im Jahr 2006 war maßgeblich geprägt durch den Erwerb des Mehrheitsanteils an der Bayer Schering Pharma AG. Die Bilanzsumme erhöhte sich deutlich um 16,7 MRD € bzw. 61,8 Prozent auf 43,6 MRD € (Vorjahr: 26,9 MRD €).

Rund 40 Prozent des Vermögenszuwachses betreffen das Anlagevermögen. Es ist um 6,7 MRD € bzw. 36,7 Prozent auf 24,9 MRD € (Vorjahr: 18,2 MRD €) gewachsen. Der Anstieg betrifft ausschließlich den Beteiligungsbesitz. Kapitalerhöhungen bei Tochtergesellschaften haben das Beteiligungsvermögen um 6.493 Mio € anwachsen lassen. Hiervon entfallen 3.444 Mio € auf die Zweite K-W-A Beteiligungsgesellschaft mbH und 3.001 Mio € auf die Bayer Schering GmbH, die die entsprechenden Mittel zur Finanzierung des Erwerbs von Anteilen an der Bayer Schering Pharma AG eingesetzt hat. Darüber hinaus schlugen sich innerkonzernliche Erwerbe von Anteilen an der Bayer SAS, Frankreich, mit 161 Mio € und an der Bayer S.A., Venezuela, mit 42 Mio € im Zugang nieder. Mit einem Buchwert von 22,2 MRD € (Vorjahr: 15,5 MRD €) hat das Beteiligungsportfolio nunmehr einen Anteil von 51 Prozent (Vorjahr: 58 Prozent) am Gesamtvermögen. Der weiterhin sehr hohe Anteil drückt die besondere Funktion der Bayer AG als Mutterunternehmen des Bayer-Konzerns aus. Die sonstigen Werte des Anlagevermögens haben sich gegenüber dem Vorjahr per Saldo kaum verändert. Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände liegen um 24 Mio €, die übrigen Finanzanlagen um 2 Mio € unter den jeweiligen Vorjahreswerten.

Das Umlaufvermögen hat sich seit Jahresbeginn deutlich um 10,0 MRD € auf 18,7 MRD € (Vorjahr: 8,7 MRD €) erhöht. Am Gesamtvermögenszuwachs hat es einen Anteil von 60 Prozent. Ausschlaggebend für den Anstieg ist die um 11,0 MRD € gestiegene konzerninterne Mittelvergabe. Allein die Bayer Schering GmbH erhielt Kredite von 13,2 MRD €, die sie zum Erwerb von 96,2 Prozent der Anteile an der Bayer Schering Pharma AG einsetzte. Ein im Vorjahr ausgewiesener Forderungsbetrag gegenüber der Zweite K-W-A Beteiligungsgesellschaft mbH von 3.442 Mio € wurde zwischenzeitlich zur Durchführung einer Kapitalerhöhung bei dieser Gesellschaft verwendet und ist daher nicht mehr enthalten.

In den sonstigen Vermögensgegenständen verringerten sich die Forderungen aus Steuern um 234 Mio €; die Zinsabgrenzungen erhöhten sich um 221 Mio €.

Die Zahlungsmittel und Wertpapiere haben sich per Saldo um 1,0 MRD € bzw. 35,8 Prozent auf 1,7 MRD € vermindert. Sie umfassen Bankguthaben von 1.163 Mio € (Vorjahr: 2.481 Mio €) sowie Wertpapiere von 575 Mio € (Vorjahr: 226 Mio €). Die Bankguthaben beinhalten einen als Sicherheit festgelegten Teilbetrag von 710 Mio € für die Barabfindung der Schering-Minderheitsaktionäre im Rahmen des laufenden Squeeze-out-Verfahrens. Ein weiterer Teilbetrag von 89 Mio € (Vorjahr: 253 Mio €) dient der Regulierung zivilrechtlicher Schadenersatzansprüche wegen unerlaubter Preisabsprachen bei Kautschuk,

Polyester-Polyolen und Urethanen in den USA und Kanada und ist bis zur Annahme der in diesem Zusammenhang angebotenen Vergleiche bzw. bis zu ihrer gerichtlichen Bestätigung auf einem in den USA verwalteten Treuhandkonto angelegt. Bei den im Berichtsjahr ausgewiesenen Wertpapieren handelt es sich um kurzfristig im Vermögen gehaltene und zur innerkonzernlichen Weiterveräußerung bestimmte Beteiligungen aus dem Schering-Bereich; im Vorjahr waren es Anteile an Spezialfonds.

Das in der Bilanz ausgewiesene Gesamtvermögen von 43,6 MRD € (Vorjahr: 26,9 MRD €) ist in Höhe von 34,1 MRD € (Vorjahr: 19,1 MRD €) und damit zu 78 Prozent (Vorjahr: 71 Prozent) durch Fremdkapital finanziert. Es verteilt sich mit 2,9 MRD € (Vorjahr: 3,2 MRD €) auf Rückstellungen und mit 31,2 MRD € (Vorjahr: 15,9 MRD €) auf Verbindlichkeiten.

Die Rückstellungen gingen seit Jahresbeginn um 257 MIO € bzw. 8,1 Prozent auf 2.929 MIO € zurück. Die im Vorjahr noch mit 286 MIO € ausgewiesenen Verpflichtungen aus in den USA und Kanada erhobenen zivilrechtlichen Schadenersatzklagen wegen kartellrechtlicher Verstöße in den Bereichen Kautschuk, Polyester-Polyole und Urethane wurden mit 210 MIO € in Anspruch genommen und zugleich ein Betrag von 62 MIO € neu zurückgestellt, so dass sie sich jetzt auf 138 MIO € belaufen. Die im gleichen Zusammenhang gebildete Rückstellung für Verpflichtungen aus wettbewerbsrechtlichen Verfahren bei der EU-Kommission von 45 MIO € wurde, bei gleichzeitiger Neubildung eines Betrags von 3 MIO €, vollständig in Anspruch genommen. Die Rückstellungen für Drohverluste aus der Währungsumrechnung liegen mit 4 MIO € (Vorjahr: 67 MIO €) um 63 MIO € unter dem Vorjahreswert. Ebenfalls gesunken ist der Rückstellungsbedarf für noch zu erwartende Verlustübernahmen aus dem Beteiligungsbereich, der sich auf 18 MIO €, nach 57 MIO € im Vorjahr, beläuft. Die Rückstellungen für Ertragsteuern sind hingegen um 23 MIO € angestiegen. Den betragsmäßig größten Rückstellungsposten stellen mit 2.498 MIO € (Vorjahr: 2.503 MIO €) weiterhin die Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen dar. Sie beinhalten auch die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitarbeitern der mittlerweile verselbstständigten Arbeitsgebiete und Servicebereiche, soweit diese vor dem 1. Juli 2002 als Rentner oder mit unverfallbaren Anwartschaften aus dem Unternehmen ausgeschieden sind.

Mit 31,2 MRD € (Vorjahr: 15,9 MRD €) liegen die Verbindlichkeiten zum Abschlussstichtag deutlich über dem Wert des Vorjahrs. Der Anstieg um 15,3 MRD € bzw. 96,1 Prozent ist auf den erhöhten Finanzbedarf durch den Erwerb der Mehrheitsbeteiligung an der Bayer Schering Pharma AG zurückzuführen. Es wurden im Jahr 2006 drei neue Anleihen begeben, zwei Euro-Anleihen im Nominalwert von 1,6 MRD € bzw. 1,0 MRD € sowie eine GBP-Anleihe von nominal 350 MIO GBP (517 MIO €). Weitere 5,7 MRD € wurden durch Bankkredite aufgenommen. Zur Deckung des verbleibenden Mittelbedarfs erfolgten konzerninterne Kreditaufnahmen; sie beinhalten auch 2,3 MRD €, die die Bayer Capital Corporation B.V., Niederlande, durch Begebung einer Pflichtwandelanleihe erhalten und als Darlehen an die Bayer AG weitergereicht hat. Insgesamt erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 6,6 MRD € auf 16,2 MRD €.

Zum 31.12.2006 weist die Bayer AG Finanzschulden von 31,9 MRD € aus, davon 17,6 MRD € gegenüber Konzerngesellschaften und 14,3 MRD € gegenüber Dritten. Nach Abzug flüssiger Mittel von 1,2 MRD € ergibt sich eine Nettoverschuldung von 30,7 MRD €.

Das Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Stand zu Jahresbeginn um 1,7 MRD €. Hiervon kamen 1.182 MIO € aus der am 6. Juli 2006 durchgeführten Kapitalerhöhung. In einem beschleunigten Angebotsverfahren wurden 34 MIO neue Aktien bei deutschen

und internationalen institutionellen Anlegern platziert. Der Emissionspreis der neuen Aktien, die für das Geschäftsjahr 2006 voll dividendenberechtigt sind, betrug 34,75 € pro Stück. Damit erhöhte sich das gezeichnete Kapital um 87 Mio € und die Kapitalrücklage um 1.095 Mio €. Durch den Jahresüberschuss wuchs dem Eigenkapital ein Betrag von 1.250 Mio € (Vorjahr: 613 Mio €) zu. Dem steht ein Abgang von 694 Mio € aufgrund der Dividendenzahlung für 2005 gegenüber. Trotz der Zunahme beim Eigenkapital hat sich die Eigenkapitalquote um 7,0 Prozentpunkte auf 21,8 Prozent (Vorjahr: 28,8 Prozent) verringert. Ursächlich hierfür war die von 26,9 MRD € auf 43,6 MRD € angestiegene Bilanzsumme.

## Angaben gemäß § 289 Absatz 4 HGB

Das Grundkapital der Bayer AG beträgt 1.956.715.315,20 € (Vorjahr: 1.869.675.315,20 €) und ist eingeteilt in 764.341.920 (Vorjahr: 730.341.920) nennbetragslose Stückaktien, die auf den Inhaber lauten. Jede Aktie hat ein Stimmrecht.

Hinsichtlich direkter und indirekter Beteiligungen am Kapital der Bayer AG, die 10 Prozent übersteigen, sind uns folgende Meldungen zugegangen:

The Capital Group Companies, Inc., USA, hat uns nach § 21 Absatz 1 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 19. September 2006 die Schwelle von 10 Prozent überschritten hat und seitdem 10,0179 Prozent beträgt. Alle diese Stimmrechte seien ihr nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 i.V.m. § 22 Absatz 1 Satz 2 und 3 WpHG zuzurechnen. Darüber hinaus teilte uns die Capital Research and Management Company, USA, mit, dass ihr Stimmrechtsanteil an unserer Gesellschaft am 8. November 2006 die Schwelle von 10 Prozent überschritten hat und seitdem 10,0852 Prozent beträgt. Alle diese Stimmrechte seien ihr nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen. Nach unseren Informationen ist die Capital Research and Management Company, USA, eine Tochtergesellschaft der The Capital Group Companies, Inc., USA.

Gemäß § 84 Absatz 1 AktG werden die Mitglieder des Vorstands durch den Aufsichtsrat bestellt bzw. abberufen. Da die Bayer AG in den Anwendungsbereich des Mitbestimmungsgesetzes fällt, hat die Bestellung bzw. Abberufung von Vorstandsmitgliedern mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder zu erfolgen. Kommt eine solche Mehrheit in einer ersten Abstimmung nicht zu Stande, kann die Bestellung in einer zweiten Abstimmung mit der einfachen Mehrheit der Stimmen der Mitglieder erfolgen, § 31 Absatz 3 MitbestG. Wird auch hierbei die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, erfolgt eine dritte Abstimmung, in der ebenfalls die einfache Stimmenmehrheit maßgeblich ist. Dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats stehen in dieser Abstimmung gemäß § 31 Absatz 4 MitbestG dann jedoch zwei Stimmen zu.

Gemäß § 6 Absatz 1 der Satzung der Bayer AG hat der Vorstand aus mindestens zwei Personen zu bestehen. Werden mehrere Personen zu Vorstandsmitgliedern bestellt, kann der Aufsichtsrat gemäß § 84 Absatz 2 AktG bzw. § 6 Absatz 1 der Satzung ein Mitglied zum Vorsitzenden ernennen.

Änderungen der Satzung bedürfen gemäß § 179 Absatz 1 AktG eines Beschlusses der Hauptversammlung, der, soweit die Satzung keine andere Mehrheit vorsieht, gemäß § 179 Absatz 2 AktG eine Mehrheit von drei Vierteln des bei der Abstimmung vertretenen Grundkapitals erfordert. Soweit die Änderung des Unternehmensgegenstands betroffen ist, darf die Satzung jedoch nur eine größere Mehrheit vorsehen. Die Satzung

der Bayer AG macht in § 17 Absatz 2 von der Möglichkeit der Abweichung gemäß § 179 Absatz 2 AktG Gebrauch und sieht vor, dass Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst werden können.

In der Hauptversammlung der Bayer AG vom 28. April 2006 wurde die Aufhebung bestehender und die Schaffung neuer Genehmigter Kapitalien (Genehmigtes Kapital I und Genehmigtes Kapital II) sowie die dazu erforderlichen Satzungsänderungen beschlossen. Durch das Genehmigte Kapital I ist der Vorstand bis zum 27. April 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats berechtigt, das Grundkapital um bis zu 465 Mio € zu erhöhen. Die Ausgabe neuer Aktien kann dabei gegen Bar- und/oder Sacheinlagen erfolgen, wobei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen insgesamt nur um bis zu 370 Mio € erfolgen dürfen. Bei einer Barkapitalerhöhung unter Verwendung des Genehmigten Kapitals I ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren. Durch das Genehmigte Kapital II wurde der Vorstand bis zum 27. April 2011 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital einmal oder mehrmals gegen Bareinlage um bis zu 186 Mio € zu erhöhen. Den Aktionären ist dabei ein Bezugsrecht zu gewähren, das der Vorstand jedoch mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausschließen kann, soweit die Ausnutzung des Genehmigten Kapitals II im Rahmen einer Kapitalerhöhung erfolgt, die 10 Prozent des zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung und des zum Zeitpunkt der Ausnutzung dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals nicht überschreitet. Aufgrund der am 6. Juli 2006 durchgeführten Kapitalerhöhung beträgt das Genehmigte Kapital II gegenwärtig 98,96 Mio €.

Ein bedingtes Kapital von 186,88 Mio €, entsprechend 73 Mio Aktien, ist zur Bedienung von Wandlungsrechten einer Pflichtwandelanleihe der Bayer Capital Corporation B.V., Niederlande, vom 6. April 2006 bestimmt. Außerdem hat der Vorstand in der Hauptversammlung vom 28. April 2006 die Ermächtigung zum Erwerb und zur Veräußerung eigener Aktien bis zu einer Höhe von 10 Prozent des Grundkapitals erhalten. Die Ermächtigung ist bis zum 27. Oktober 2007 befristet.

Als wesentliche Vereinbarung der Bayer AG, welche unter der aufschiebenden Bedingung eines Eigentümerwechsels („change of control“) steht, ist zunächst die von der Bayer AG am 23. März 2006 über 7 MRD € eingegangene syndizierte Kreditlinie zu nennen. Nach den Regelungen des Kreditvertrags haben die kreditgewährenden Banken das Recht, die Vereinbarung im Falle eines Eigentümerwechsels zu kündigen und den noch ausstehenden Kreditbetrag fällig zu stellen.

Auch die am 6. April 2006 von der Bayer Capital Corporation B.V., Niederlande, begebene Pflichtwandelanleihe in Höhe von 2,3 MRD €, die durch eine nachrangige Garantie der Bayer AG besichert ist, enthält eine so genannte „change of control“-Klausel. Gemäß Ziffer 6.5 der Anleihebedingungen haben die Anleihegläubiger im Falle eines Übernahmeangebots gemäß § 29 Absatz 1 Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) oder eines Pflichtangebots gemäß § 35 Absatz 1 WpÜG das Recht, ihr Wandlungsrecht auszuüben. In diesem Fall erhalten sie, entsprechend dem anwendbaren Wandlungsverhältnis, Aktien der Bayer AG.

Schließlich sehen auch die Anleihebedingungen der im Jahr 2006 unter dem bestehenden Multi-Currency-Euro-Medium-Term-Note-Programm der Bayer AG begebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 3 MRD € eine „change of control“-Klausel vor. Gläubigern dieser Schuldverschreibungen steht für den Fall eines Eigentümerwechsels und einer sich innerhalb von 120 Tagen nach dem Eintritt des Eigentümerwechsels anschließenden Verschlechterung des Kreditratings der Bayer AG das Recht zu, von der Bayer AG den Rückkauf der Schuldverschreibungen zu verlangen.

Für Mitglieder des Vorstands bestehen für den Fall eines Übernahmeangebots für die Bayer AG folgende Vereinbarungen:

Im Falle eines Eigentümerwechsels („change of control“) und der Beendigung des Dienstvertrags innerhalb von 12 Monaten danach – sei es in gegenseitigem Einvernehmen, durch Auslaufen des Dienstvertrags oder durch freiwillige Kündigung durch das Vorstandsmitglied bei Eintreten bestimmter Tatbestände, z. B. einem Strategiewechsel – erhält das Vorstandsmitglied Überbrückungsbezüge von 80 Prozent seiner letzten monatlichen Festvergütung für einen Zeitraum von 60 Monaten; Zeiten einer bezahlten Freistellung werden nicht angerechnet. Sein Pensionsanspruch basiert auf dem Betrag, den es bei regulärer Beendigung seines Dienstverhältnisses erreicht hätte. Sollte dieser Anspruch zum Zeitpunkt der „change of control“ noch nicht vollständig erreicht sein, wird der Pensionsanspruch aufgestockt.

Vergleichbare Regelungen für Arbeitnehmer existieren nicht.

## Mitarbeiter

Die Zahl der Mitarbeiter am Abschlussstichtag hat sich gegenüber dem Vorjahr um 43 auf 603 (Vorjahr: 560) erhöht. Der Personalaufwand ist demgegenüber um 12 MIO € auf 94 MIO € (Vorjahr: 106 MIO €) zurückgegangen. Unter Berücksichtigung einmaliger Altersversorgungsaufwendungen von 19 MIO € im Vorjahr ergibt sich ein Anstieg um 7 MIO €.

## Vergütungsbericht

### Vergütung des Vorstands

Die Mitglieder des Vorstands erhalten eine Festvergütung bestehend aus fester Jahresvergütung und fester Konzernzulage. Darüber hinaus werden Sachbezüge und sonstige Leistungen sowie variable Vergütungsbestandteile gewährt. Die variable Vergütung besteht aus einer kurzfristigen variablen Vergütung als Tantieme und möglichen Zahlungen aus der Teilnahme an langfristigen aktienorientierten Programmen. Bei der kurzfristigen variablen Vergütung ist bei Bayer seit dem Geschäftsjahr 2005 das EBITDA der führende Wert. Für das Jahr 2006 bemisst sich die variable Vergütung zum einen an der um Sondereinflüsse bereinigten EBITDA-Marge für den Konzern sowie zum anderen an der durchschnittlichen Zielerreichung der Teilkonzerne HealthCare, CropScience und MaterialScience. Die Zielerreichung der Teilkonzerne ist im Wesentlichen gekoppelt an die Planerreichung in Bezug auf das um Sondereinflüsse bereinigte EBITDA. Darüber hinaus fließt eine qualitative Bewertung gegenüber Markt und Wettbewerb ein.

Im Jahr 2006 betrug die direkt geleistete Vergütung 8.143.822 € (Vorjahr: 7.064.828 €), davon entfielen 2.260.400 € (Vorjahr: 1.985.580 €) auf die feste Jahresvergütung, 1.096.556 € (Vorjahr: 837.073 €) auf die feste Konzernzulage und 4.644.475 € (Vorjahr: 4.085.754 €) auf die variable Tantieme. In der Summe enthalten sind zudem Sachbezüge und sonstige Leistungen in Höhe von 142.391 € (Vorjahr: 156.421 €), die im Wesentlichen aus den nach steuerlichen Richtlinien zu berücksichtigenden Werten für Sachleistungen, wie z. B. für die Nutzung von Dienstwagen, bestehen.

Zusätzlich konnten die Mitglieder des Vorstands an einem auf Barausgleich ausgerichteten Aktien-Optionsprogramm auf Basis von Eigeninvestments teilnehmen, das bis einschließlich 2004 angeboten wurde. Im Rahmen dieses alten aktienorientierten Programms sind bis zum 31. Dezember 2006 25.290 Instrumente mit einem Marktwert von 1.806.718 € verblieben.

Seit dem Geschäftsjahr 2005 nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen aktienorientierten Vergütungsprogramm *Aspire I* (Tranchen 2005 und 2006) teil. Die Teilnahme an diesem Programm ist gebunden an die Zugehörigkeit zu einem Konzernführungskreis und nicht an den Dienstvertrag als Vorstandsmitglied. Weitere Einzelheiten zu diesem Programm sind im Anhang unter Ziffer 11 (Aktienorientierte Vergütung) aufgeführt.

Die im Jahr 2006 erdienten Ansprüche – sowohl aus dem in 2006 neu gewährten Programm als auch aus den noch laufenden Vorjahresprogrammen, die in Teilen noch nicht erdient sind – sind als separate Vergütungskomponente ausgewiesen. Die Wertänderungen von bisher bestehenden Ansprüchen aus den langfristigen aktienorientierten Programmen, die vor 2006 erworben wurden, werden gesondert gezeigt. Sie ergeben sich aus der positiven Entwicklung des Kurses der Bayer-Aktie im Jahr 2006. Ebenfalls gesondert genannt ist der beizulegende Zeitwert der im Jahr 2006 gewährten Programmantranche zum Zeitpunkt ihrer Gewährung.

Die Vergütung der einzelnen im Jahr 2006 tätigen Vorstandsmitglieder ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Die Vergütung für den Finanzvorstand wurde im Jahr 2006 angehoben, um den besonderen Aufgaben dieser Position Rechnung zu tragen.

		Werner Wenning	Klaus Kühn	Udo Oels <sup>1</sup>	Wolfgang Plischke <sup>2</sup>	Richard Pott	Gesamt
in €							
Feste Jahresvergütung	2006	748.872	412.236	343.526	343.530	412.236	2.260.400
	2005	748.872	412.236	412.236	-	412.236	1.985.580
Feste Konzernzulage	2006	325.132	316.366	142.205	142.206	170.647	1.096.556
	2005	325.132	170.647	170.647	-	170.647	837.073
Variable Tantieme	2006	1.525.086	1.034.615	567.335	689.745	827.694	4.644.475
	2005	1.554.615	843.713	843.713	-	843.713	4.085.754
Sachbezüge/ Sonstige Leistungen	2006	47.926	35.571	9.594	18.163	31.137	142.391
	2005	40.169	35.266	41.942	-	39.044	156.421
<b>Summe direkt geleisteter Vergütung</b>	<b>2006</b>	<b>2.647.016</b>	<b>1.798.788</b>	<b>1.062.660</b>	<b>1.193.644</b>	<b>1.441.714</b>	<b>8.143.822</b>
	2005	2.668.788	1.461.862	1.468.538	-	1.465.640	7.064.828
Im laufenden Jahr erdiente aktienorientierte Vergütung	2006	820.514	480.609	538.181	193.188	461.939	2.494.431
	2005	495.504	285.748	285.748	-	284.248	1.351.248
Wertänderungen bisheriger Ansprüche aus aktienorientierter Vergütung	2006	339.733	229.617	104.125	66.262	164.952	904.689
	2005	169.289	99.693	99.693	-	98.055	466.730

<sup>1</sup> Vorstandsmitglied bis 28.4.2006

<sup>2</sup> Vorstandsmitglied seit 1.3.2006

Zum Zeitpunkt der Gewährung stellte sich der beizulegende Zeitwert der im Jahr 2006 neu gewährten aktienorientierten Vergütung wie folgt dar. In Höhe seines in 2006 bereits erdienten Anteils ist er in der oben angegebenen „im laufenden Jahr erdienten aktienorientierten Vergütung“ enthalten.

		Werner Wenning	Klaus Kühn	Udo Oels <sup>1</sup>	Wolfgang Plischke <sup>2</sup>	Richard Pott	Gesamt
in €							
Beizulegender Zeitwert der neu gewährten aktienorientierten Ver- gütung zum Zeitpunkt der Gewährung	2006	268.113	181.886	40.419	117.597	145.509	753.524
	2005	253.636	137.652	137.652	-	137.652	666.592

<sup>1</sup> Vorstandsmitglied bis 28.4.2006

<sup>2</sup> Vorstandsmitglied seit 1.3.2006

Die Pensionsrückstellungen für die derzeit tätigen Vorstandsmitglieder betragen 22.974.049 € (Vorjahr: 25.091.901 €). Die derzeit tätigen Mitglieder des Vorstands sind berechtigt, Pensionsleistungen ab dem 60. Lebensjahr zu erhalten. Der jährliche Pensionsanspruch beträgt mindestens 30 Prozent der letzten Festvergütung. Dieser Prozentsatz wächst über die Zeit in Abhängigkeit von der Anzahl der Dienstjahre als Mitglied des Vorstands, je nach Vertragsbeginn maximal auf 60 bis 80 Prozent, woraus sich dann das endgültige Pensionsniveau (maximaler Versorgungsgrad) ergibt. Aktuell erhalten ehemalige und pensionierte Mitglieder des Vorstands monatliche Pensionsleistungen auf Basis eines 80-Prozentigen Versorgungsgrads. Pensionsleistungen früherer Vorstände bzw. ihrer Witwen werden i.d.R. alle drei Jahre überprüft und unter Berücksichtigung der Entwicklung der Verbraucherpreise angepasst. Diese Pensionsleistungen werden in Ergänzung zu Ansprüchen gegenüber der Bayer-Pensionskasse gezahlt. Die auf die einzelnen Vorstandsmitglieder angefallenen Aufwendungen für Pensionszusagen ergeben sich aus der nachstehenden Übersicht:

		Werner Wenning	Klaus Kühn	Udo Oels <sup>1</sup>	Wolfgang Plischke <sup>2</sup>	Richard Pott	Gesamt
in €							
Aufwendungen für im laufenden Jahr erdiente Pensionszusagen	2006	206.271	1.246.070	-	447.654	83.592	1.983.587
	2005	2.123.098	760.160	378.783	-	633.615	3.895.656

<sup>1</sup> Vorstandsmitglied bis 28.4.2006

<sup>2</sup> Vorstandsmitglied seit 1.3.2006

Für aktive Vorstandsmitglieder gilt eine generelle Absicherungsklausel mit folgenden Grundprinzipien:

Falls einem Vorstand bei Auslaufen seines bestehenden Vertrags nicht die Verlängerung seines Dienstvertrags angeboten wird, weil er nicht als Vorstand wieder berufen wurde oder seine Bestellung zum Mitglied des Vorstands widerrufen wurde, ohne dass ein Grund für eine fristlose Kündigung bestand, erhält er monatliche Überbrückungsbezüge in Höhe von 80 Prozent der letzten Festvergütung für einen maximalen Zeitraum von 60 Monaten abzüglich der Monate, in denen er als Vorstand bezahlt freigestellt war. Darüber hinaus bestehen Regelungen für den Fall eines Eigentümerwechsels („change of control“), siehe dazu Seite 10.

Die Bezüge der früheren Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen betragen 10.924.768 € (Vorjahr: 10.323.009 €). Die Pensionsrückstellungen für diese Personengruppe betragen 97.243.586 € (Vorjahr: 91.129.996 €).

Zum 31. Dezember 2006 bestanden keine Kredite an Mitglieder des Vorstands. Im Berichtsjahr erfolgten keine Darlehensablösungen.

### Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats richtet sich nach den entsprechenden Bestimmungen der Satzung, deren aktuelle Fassung die Aktionäre in der Hauptversammlung am 29. April 2005 beschlossen haben. Danach erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats neben dem Ersatz ihrer Aufwendungen eine feste und eine variable Vergütung. Die jährliche feste Vergütung beträgt 60.000 €. Die variable Vergütung ist erfolgsabhängig und richtet sich nach dem Brutto-Cashflow des Geschäftsjahres, der im Konzernabschluss ausgewiesen ist. Für je angefangene 50 Mio €, um die der Brutto-Cashflow den Betrag von 3,1 Mrd € übersteigt, beträgt der variable Teil 2.000 €, insgesamt jedoch höchstens 30.000 €.

Gemäß den Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Kodex werden Vorsitz und stellvertretender Vorsitz im Aufsichtsrat sowie der Vorsitz und Mitgliedschaft in Ausschüssen gesondert berücksichtigt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Dreifache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache des so genannten einfachen Satzes. Mitgliedern von Ausschüssen steht ein zusätzliches Viertel und Ausschussvorsitzenden ein weiteres Viertel des einfachen Satzes zu. Ingesamt ist die Vergütung jedoch auf das Dreifache des einfachen Satzes begrenzt. Veränderungen im Aufsichtsrat und seinen Ausschüssen während des Geschäftsjahres führen zu einer zeitanteiligen Vergütung. Die aus der Anwendung dieser Bestimmungen folgenden Vergütungen der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2006 ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle. Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden nicht gewährt. Daneben hat die Gesellschaft zu Gunsten der Aufsichtsratsmitglieder eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen, welche die gesetzliche Haftpflicht aus der Aufsichtsrats Tätigkeit abdeckt.

Aufsichtsratsvergütung 2006 der Bayer AG	Feste Vergütung	Variable Vergütung	Gesamt
in €			
Dr. Paul Achleitner	75.000,00	37.500,00	112.500,00
Dr. Josef Ackermann	60.000,00	30.000,00	90.000,00
Andreas Becker	60.000,00	30.000,00	90.000,00
Karl-Josef Ellrich	75.000,00	37.500,00	112.500,00
Dr. Thomas Fischer	75.000,00	37.500,00	112.500,00
Erhard Gipperich	8.917,81	4.458,91	13.376,72
Peter Hausmann	50.958,90	25.479,45	76.438,35
Thomas Hellmuth	60.000,00	30.000,00	90.000,00
Prof. Dr.-Ing. e. h. Hans-Olaf Henkel	75.000,00	37.500,00	112.500,00
Reiner Hoffmann	13.479,45	6.739,73	20.219,18
Gregor Jüsten	54.904,11	27.452,05	82.356,16
Dr. rer. pol. Klaus Kleinfeld	60.000,00	30.000,00	90.000,00
Dr. h. c. Martin Kohlhausen	105.000,00	52.500,00	157.500,00
John Christian Kornblum	60.000,00	30.000,00	90.000,00
Petra Kronen	75.000,00	37.500,00	112.500,00
Hubertus Schmoltdt	86.671,23	43.335,62	130.006,85
Dr. Manfred Schneider (Vorsitzender)	180.000,00	90.000,00	270.000,00
Dieter Schulte	42.904,11	21.452,05	64.356,16
Dr.-Ing. Ekkehard D. Schulz	71.671,23	35.835,62	107.506,85
Dipl.-Ing. Dr.-Ing. e. h. Jürgen Weber	60.000,00	30.000,00	90.000,00
Siegfried Wendlandt	24.246,58	12.123,29	36.369,87
Thomas de Win (stellvertretender Vorsitzender)	124.273,97	62.136,99	186.410,96
Prof. Dr. Dr. h. c. Ernst-Ludwig Winnacker	60.000,00	30.000,00	90.000,00

Über die Aufsichtsratsvergütung hinaus erhalten die Arbeitnehmervertreter, die Arbeitnehmer im Bayer-Konzern sind, Entgeltleistungen, die nicht im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für den Aufsichtsrat stehen. In Summe erhielten die Arbeitnehmervertreter aus solchen Tätigkeiten 647.813 €.

Zum 31. Dezember 2006 bestanden keine Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrats. Im Berichtsjahr erfolgten keine Darlehensablösungen.

## Risikobericht

### Risikomanagement

Jedes unternehmerische Handeln ist untrennbar mit Chancen und Risiken verbunden. Aus diesem Grund ist ein wirksames Risikomanagement ein bedeutender Erfolgsfaktor zur nachhaltigen Sicherung des Unternehmenswerts.

Im Bayer-Konzern ist die Steuerung von Chancen und Risiken integraler Bestandteil des konzernweiten Systems der Unternehmensführung und nicht Aufgabe einer bestimmten organisatorischen Einheit. Zentrale Bestandteile des Risikomanagementsystems sind der Planungs- und Controllingprozess, das konzerninterne Regelwerk und das Berichtswesen. In regelmäßigen Konferenzen zur Geschäftsentwicklung werden neben den Ergebnissen der Geschäftstätigkeit mögliche Chancen und Risiken aufgezeigt sowie Ziele und Steuerungsmaßnahmen vereinbart. Zudem hat der Bayer-Konzern gemäß Section 404 des Sarbanes-Oxley Act die Anforderungen an ein internes Kontrollsystem umgesetzt.

Die interne Revision überwacht sowohl die Funktionsfähigkeit des internen Steuerungs- und Überwachungssystems als auch die Einhaltung organisatorischer Sicherungsmaßnahmen und prüft in regelmäßigen Abständen die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems. Darüber hinaus beurteilt der Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung das Risikomanagementsystem und erstattet Konzernvorstand und Aufsichtsrat regelmäßig hierüber Bericht. Die Erkenntnisse aus diesen Prüfungen finden im kontinuierlichen Prozess zur Verbesserung unseres Risikomanagementsystems Berücksichtigung.

Potenziellen Risiken aus gesetzlichen und sonstigen Vorgaben wird dadurch Rechnung getragen, dass wir unsere Entscheidungen und die Gestaltung unserer Geschäftsprozesse auf eine umfassende rechtliche Beratung durch interne und externe Fachleute stützen.

Um die finanziellen Auswirkungen eines möglichen Schadens gering zu halten, haben wir – soweit verfügbar und wirtschaftlich vertretbar – Versicherungen abgeschlossen. Umfang und Höhe dieser Versicherungen werden laufend überprüft.

### Branchenrisiken

Die Preise pharmazeutischer Produkte sind auf vielen Märkten staatlichen Kontrollen und Regulierungen ausgesetzt. Des Weiteren sind große Anbieter im Gesundheitswesen in der Lage, erheblichen Druck auf die Marktpreise auszuüben. All dies kann die Renditen unserer pharmazeutischen Produkte schmälern und die Einführung neuer Produkte erschweren.

Der Absatz unserer Pflanzenschutzprodukte ist von witterungsbedingten Einflüssen und Schwankungen der Verkaufspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse abhängig. Außerdem kann mit der zunehmenden Bedeutung von Biotechnologianwendungen im Agrarsektor die Nachfrage nach unseren agrochemischen Produkten nachlassen.

Umsatz- und Ergebnisentwicklung im Teilkonzern MaterialScience unterliegen den Konjunkturzyklen der Abnehmerbranchen. Ein konjunktureller Abschwung ist gekennzeichnet durch schwache Nachfrage und Überkapazitäten, die zu erhöhtem Preisdruck und intensiverem Wettbewerb führen. Dies kann über den Konjunkturzyklus insgesamt betrachtet im Zeitablauf schwankende Margen und Verluste zur Folge haben. Darüber hinaus werden insbesondere in Asien Kapazitäten geschaffen, um die erwartete Nachfrage bedienen zu können. Fällt das zukünftige Marktwachstum geringer aus als erwartet, kann es infolge der aufgebauten Kapazitäten zu erhöhtem Preisdruck kommen.

Das frühzeitige Erkennen sich abzeichnender Trendwenden in den Konjunkturzyklen oder gesetzlicher Änderungen ist von erheblicher Bedeutung für die Geschäftssteuerung. Sowohl die gegenwärtige weltweite Konjunkturlage als auch die mittelfristigen Wirtschaftsentwicklungen werden quartalsweise analysiert und zur operativen Geschäftsplanung herangezogen.

### **Produktentwicklungsrisiken**

Da Wettbewerbsposition sowie Umsatz- und Ergebnisentwicklung der Bayer-Gruppe in signifikanter Weise von der Entwicklung kommerziell erfolgreicher Produkte und Produktionstechnologien abhängen, investieren wir beträchtliche finanzielle Mittel in die Forschung und Entwicklung. Aufgrund langwieriger Entwicklungsprozesse, technologischer Herausforderungen, regulatorischer Vorgaben und starken Wettbewerbs können wir jedoch nicht garantieren, dass alle Produkte aus unserer Entwicklungspipeline auf den Markt gebracht werden oder sich dort kommerziell erfolgreich behaupten.

Insbesondere der Life-Science-Bereich unterliegt strengen behördlichen Vorgaben. Steigende Anforderungen, z. B. an klinische oder (öko-)toxikologische Studien, können die Produktentwicklungskosten erhöhen und die Zeit bis zum Markteintritt verlängern.

Mögliche Nebenwirkungen unserer Produkte, die trotz vorheriger intensiver Prüfungen erst nach der Zulassung bzw. Registrierung entdeckt werden, können zu einem teilweisen oder kompletten, freiwilligen oder rechtlich begründeten Vertriebsstopp führen.

Um eine effektive und effiziente Mittelverwendung zu gewährleisten, hat der Bayer-Konzern eine entsprechende Aufbau- und Ablauforganisation mit Fachabteilungen, Arbeitskreisen und Reportingstrukturen zur Überwachung von Entwicklungsprojekten implementiert.

### **Patentrisiken**

Wir sind derzeit in gerichtliche Verfahren zu Patentstreitigkeiten involviert. Insbesondere Generika-Anbieter versuchen, Patente vor ihrem Ablauf anzugreifen. Bisweilen müssen wir uns auch gegen Klagen Dritter wegen Verletzung von Patenten oder sonstiger Schutzrechte verteidigen.

Läuft ein Patent aus oder können wir ein Patent nicht erfolgreich verteidigen, ist in der Regel mit einem verstärkten Wettbewerb durch den Markteintritt von Generika-Anbietern zu rechnen.

Um das Risiko potenzieller Patentverletzungen zu minimieren, prüft unsere Patentabteilung in Zusammenarbeit mit den jeweiligen operativen Abteilungen regelmäßig die aktuelle Patentlage und beobachtet mögliche Patentverletzungsversuche, um bei Bedarf rechtliche Schritte einzuleiten.

### **Beschaffungsmarktrisiken**

Unser Teilkonzern MaterialScience benötigt signifikante Mengen an petrochemischen Rohstoffen und Energien für den Produktionsprozess. Die Einkaufspreise für Rohstoffe und Energien können je nach Marktsituation stark schwanken. Wie schon in der Vergangenheit wird es Zeiten geben, in denen wir gestiegene Rohstoffkosten nicht über Preis Anpassungen an unsere Kunden weitergeben können.

Die Versorgung mit strategisch wichtigen Rohstoffen wird soweit möglich über langfristige Verträge mit verschiedenen Lieferanten gesichert. Um günstige Konditionen für den Bayer-Konzern zu erzielen, werden die Verträge zentral verhandelt.

### Operative Risiken

Unsere Produktionskapazitäten können sich z. B. durch technische Probleme oder Lieferunterbrechungen bei Rohstoffen verringern. Wegen des sehr komplexen Herstellungsverfahrens gilt dies in besonderem Maße für unsere biologischen Produkte. Daher unterliegen sämtliche Produktionsprozesse und verwendeten Materialien einer ständigen Kontrolle durch die entsprechenden Fachfunktionen.

Die Geschäftsprozesse und die interne bzw. externe Kommunikation des Bayer-Konzerns basieren zunehmend auf Informationstechnologien. Eine wesentliche Störung der IT-Systeme kann trotz aller Sicherungsmaßnahmen zu einem Datenverlust und einer Beeinträchtigung der Geschäfts- und Produktionsprozesse führen.

Wenn es uns unter strategischen Gesichtspunkten vorteilhaft erscheint, akquirieren wir Unternehmensteile oder auch ganze Unternehmen. Mit einer solchen Akquisition sind Entscheidungen, z. B. über die organisatorische Restrukturierung und die Anpassung von Geschäftsprozessen, verbunden, die kritisch für die erfolgreiche Integration des neuen Geschäfts und damit für die Realisierung der geplanten Synergien sind. Begleitet werden diese Akquisitionen von Integrationsteams.

Im Dezember 2006 wurde in der EU eine neue Verordnung zur Chemikalienpolitik (Registrierung, Evaluierung, Autorisierung von Chemikalien – REACH) verabschiedet, welche im Juni 2007 in Kraft tritt. Mit der Umsetzung des neuen EU-Chemikalienrechts wird der bürokratische Aufwand für die Registrierung, Bewertung und Zulassung von chemischen Substanzen zunehmen, was bei manchen Produkten zu zusätzlichen Kosten und geringeren Margen führen kann. Die Teilkonzerne haben REACH-Implementationsprojekte aufgesetzt, um die Einführung zu koordinieren und Nachteile für das Geschäft zu verringern bzw. zu vermeiden.

### Produkt- und Umweltschutzrisiken

Die Herstellung von chemischen Produkten birgt Risiken, die mit der Produktion, der Abfüllung, der Lagerung und dem Transport von Rohstoffen, Erzeugnissen und Abfällen verbunden sind. Ein Störfall kann Personen- und Umweltschäden nach sich ziehen sowie Ausfälle in der Produktion verursachen.

Darüber hinaus können ungewollte Verunreinigungen unserer Agrochemikalien und Spuren unerwünschter gentechnisch modifizierter Organismen in landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder Lebensmitteln nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Produkt- und Umweltschutzrisiken begegnen wir mit entsprechenden Qualitätssicherungsmaßnahmen. So gewährleisten wir Prozesssicherheit durch ein integriertes Qualitäts-, Gesundheits-, Umwelt- und Sicherheitsmanagement. Weiterhin engagieren wir uns im Rahmen der internationalen Initiative „Responsible Care“ der chemischen Industrie und berichten regelmäßig über unser Sicherheits- und Umweltmanagement.

### Währungsrisiken

Als international tätiges Unternehmen erzielt die Bayer-Gruppe einen signifikanten Anteil ihres Umsatzes in Fremdwährungen. Dem damit einhergehenden Währungsrisiko begegnen wir mit einer währungskongruenten Finanzierung der Geschäfte und der Absicherung durch ausschließlich hierfür vorgesehene derivative Finanzinstrumente. Die Derivate werden entsprechend der jeweiligen Risikoeinschätzung und unter Beachtung detaillierter Richtlinien und Vorgaben eingesetzt. Einzelheiten hierzu werden unter Nr. 34 im Anhang erläutert.

## Kapitalmarktentwicklung als Risiko für Pensionsverpflichtungen

Das Planvermögen zur Deckung von Pensionsverpflichtungen besteht aus Aktien, festverzinslichen Wertpapieren, Immobilien und anderen Vermögensgegenständen. Bei sinkenden Renditen auf den Kapitalmärkten kann es zu negativen Auswirkungen auf den Finanzierungsstatus der Pensionssysteme kommen. Deshalb kann es sogar erforderlich sein, zusätzliche Beiträge zu den Versorgungsplänen zu leisten, um künftigen Pensionsverpflichtungen nachkommen zu können. Darüber hinaus können auch Änderungen im demografischen Bestand oder in den biometrischen Rechnungsgrundlagen (z. B. Sterbewahrscheinlichkeiten) einen negativen Einfluss auf den Finanzierungsstatus der Versorgungssysteme haben. Zur Minimierung dieses Risikos werden den Mitarbeitern zunehmend beitragsorientierte Pläne angeboten.

## Rechtliche Risiken

Als international tätiges Unternehmen mit einem heterogenen Portfolio ist der Bayer-Konzern (einschließlich der Bayer Schering Pharma AG) einer Vielzahl von rechtlichen Risiken ausgesetzt. Hierzu können insbesondere Risiken aus den Bereichen Produkthaftung, Wettbewerbs- und Kartellrecht, Patentrecht, Steuerrecht sowie Umweltschutz gehören. Die Ergebnisse von gegenwärtig anhängigen bzw. künftigen Verfahren können nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden, so dass aufgrund von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen oder der Vereinbarung von Vergleichen Aufwendungen entstehen können, die nicht oder nicht in vollem Umfang durch Versicherungsleistungen abgedeckt sind und wesentliche Auswirkungen auf unser Geschäft und seine Ergebnisse haben können.

Die nachfolgend beschriebenen Rechtsverfahren stellen die aus heutiger Sicht wesentlichen Rechtsrisiken dar und sind nicht als abschließende Auflistung zu verstehen.

**Lipobay/Baycol:** Im Zuge der Auseinandersetzungen um Lipobay/Baycol sind mit Stand 12. Februar 2007 weltweit noch ca. 1.870 Klagen gegen Bayer anhängig (davon ca. 1.810 in den USA, einschließlich mehrerer Sammelklagen). Bis zum 12. Februar 2007 hat Bayer 3.152 Lipobay/Baycol-Fälle weltweit ohne Anerkennung einer Rechtspflicht verglichen, wofür insgesamt rund 1.159 Mio US-\$ gezahlt wurden. Bayer ist auch weiterhin bestrebt, freiwillig und ohne Haftungseingeständnis diejenigen, die durch Lipobay/Baycol schwerwiegende Nebenwirkungen erlitten haben, auf faire Weise zu entschädigen. In den USA wurden bislang fünf Prozesse in erster Instanz ausgetragen. Sie endeten alle zugunsten von Bayer.

Nach den nun schon über fünf Jahre andauernden gerichtlichen Auseinandersetzungen sind uns derzeit in den USA weniger als 20 Fälle bekannt, in denen aus unserer Sicht ein Vergleich in Frage kommt. Wir können jedoch nicht ausschließen, dass uns noch weitere Fälle von schweren Nebenwirkungen durch Lipobay/Baycol bekannt werden. Außerdem könnte es auch noch weitere Vergleiche außerhalb der USA geben.

Im Geschäftsjahr 2006 hat der Bayer-Konzern unter Berücksichtigung der bisher geschlossenen und erwarteter Vergleiche sowie erwarteter Verteidigungskosten einen Aufwand in Höhe von insgesamt 35 Mio € erfasst.

Nach eingetretener Ausschöpfung des bestehenden Versicherungsschutzes ist es – abhängig vom zukünftigen Verlauf der Verfahren – möglich, dass Bayer weiteren Belastungen ausgesetzt wird, die durch die bereits getroffenen bilanziellen Maßnahmen nicht mehr abgedeckt sind. Wir werden die Frage bilanzieller Vorsorge abhängig von der Entwicklung der Verfahren regelmäßig prüfen.

Die Bayer AG und die Bayer Corporation werden neben zwei jetzigen bzw. früheren Führungskräften mittels einer Sammelklage von Aktionären auf Schadenersatz in Anspruch genommen. Zur Begründung wird angeführt, Bayer habe gegen us-amerikanische Kapitalmarktvorschriften verstoßen und bis zum Vermarktungsstopp von Lipobay/Baycol die kommerziellen Aussichten für das Produkt und nach dem Vermarktungsstopp die finanziellen Haftungsrisiken irreführend dargestellt. Im Jahr 2005 hat das angerufene Gericht Ansprüche von anderen als us-Erwerbern, die Aktien der Bayer AG an anderen als us-Börsen erworben haben, abgelehnt. Bayer ist überzeugt, über gute Argumente zu verfügen, und wird sich entschieden zur Wehr setzen.

**Cipro®:** Gegen Bayer sind seit Juli 2000 in den USA 39 Sammelklagen, eine Einzelklage und eine inzwischen abgewiesene Klage einer Verbraucherschutzgruppe im Zusammenhang mit dem Medikament Cipro® eingereicht worden. Die Kläger werfen Bayer und anderen ebenfalls beklagten Unternehmen vor, dass ein zwischen Bayer und der Firma Barr Laboratories, Inc. im Jahr 1997 geschlossener Vergleich zur Beendigung eines Patentrechtsstreits bestimmte wettbewerbsrechtliche Vorschriften verletzt haben soll. Damit sei ab 1997 die Vermarktung von generischem Ciprofloxacin verhindert worden. Die Kläger beanspruchen insbesondere entsprechenden Schadenersatz, der nach amerikanischem Recht verdreifacht werden solle. Das betreffende Patent wurde nach dem Vergleich mit Barr durch das us-Patentamt nochmals überprüft und bestätigt und anschließend mehrfach erfolgreich in Verfahren vor us-Bundesgerichten verteidigt. Es ist inzwischen abgelaufen.

Sämtliche vor Bundesgerichten anhängige Verfahren sind zur Koordination an ein Bundesgericht in New York übertragen worden. Im Jahr 2005 hatte dieses Gericht dem Antrag von Bayer stattgegeben und sämtliche Ansprüche der Kläger abgewiesen. Die Kläger haben gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt. Vor einigen bundesstaatlichen Gerichten sind weitere Klagen anhängig. Bayer ist überzeugt, gute Argumente zur Verteidigung gegen die erhobenen Ansprüche zu haben, und wird sich in diesen Verfahren weiterhin entschieden zur Wehr setzen.

### **Kautschuk, Polyester-Polyole, Urethane**

#### *Verfahren bei Produktlinien im ehemaligen Bereich Kautschuk*

Mehrere wettbewerbsrechtliche Verfahren in den USA, Kanada und der EU im Zusammenhang mit behauptetem kartellrechtswidrigem Verhalten bei Produktlinien im ehemaligen Bereich Kautschuk wurden abgeschlossen. Andere sind weiterhin anhängig. In den USA hat die Bayer AG in zwei Fällen auf der Grundlage von Vereinbarungen mit dem us-Justizministerium Geldbußen gezahlt. Die EU-Kommission hat im Dezember 2005 eine Geldbuße gegen Bayer in Höhe von 58,9 Mio € für Wettbewerbsverstöße im Bereich Kautschuk-Chemikalien verhängt. Der entsprechende Betrag wurde Ende März 2006 gezahlt. Die Wettbewerbsbehörden in den USA, Europa und Kanada haben im Juli/August die Verfahren bezüglich EPDM eingestellt. Im November 2006 hat die EU-Kommission das Verfahren im Zusammenhang mit BR/ESBR beendet und Geldbußen gegen mehrere Unternehmen verhängt. Bayer wurde eine Strafe in vollem Umfang erlassen.

In den USA und Kanada sind gegen die Bayer AG und einige ihrer Tochtergesellschaften sowie andere Unternehmen zahlreiche zivilrechtliche Schadenersatzklagen einschließlich Sammelklagen erhoben worden. Die Klagen betreffen Kautschuk-Chemikalien, EPDM, NBR und Polychloropren-Kautschuk (CR). Bayer hat in den meisten der us-Verfahren Vergleichsvereinbarungen getroffen, die bereits weitgehend gerichtlich genehmigt wurden. Diese Vergleiche beenden hinsichtlich der betroffenen Produkte nicht alle zivilrechtlichen Klagen und verhindern nicht die Erhebung neuer Klagen. Wie bereits berichtet, hat Bayer

jedoch die als wesentlich eingeschätzten Verfahren durch Vergleiche beendet. Zusätzlich wurde gegen die Bayer AG und einige Tochtergesellschaften in den USA eine Schadenersatzklage in Form einer Sammelklage auf der Grundlage von behauptetem wettbewerbswidrigem Verhalten hinsichtlich zweier weiterer Kautschukprodukte, nämlich Butadien-Kautschuk (BR) sowie Styrol-Butadien-Kautschuk (SBR), erhoben. Entsprechende Klagen in Europa sind wahrscheinlich.

#### *Verfahren bei Polyester-Polyolen, Urethanen und Urethan-Chemikalien*

In Kanada ist gegen Bayer noch ein behördliches Verfahren wegen angeblicher wettbewerbswidriger Aktivitäten im Bereich von Adipinsäure-basierten Polyester-Polyolen anhängig. In den USA hat die Bayer Corporation eine Geldbuße auf der Grundlage einer im Jahr 2004 mit dem US-Justizministerium geschlossenen Vereinbarung gezahlt.

In den USA sind gegen Bayer zivilrechtliche Schadenersatzklagen einschließlich Sammelklagen erhoben worden, die Vorwürfe unerlaubter Preisabsprachen im Bereich der Polyester-Polyole, Urethane und Urethan-Chemikalien beinhalten. In Kanada wurden entsprechende Klagen zu Polyester-Polyolen erhoben.

Bayer hat in einigen US-Verfahren grundsätzliche oder vollständige Vergleichsvereinbarungen getroffen, die teilweise noch der gerichtlichen Genehmigung bedürfen. Diese Vergleiche beenden hinsichtlich der betroffenen Produkte nicht alle zivilrechtlichen Klagen und verhindern nicht die Erhebung neuer Klagen.

#### *Verfahren bei Polyether-Polyolen und anderen Vorprodukten für Urethan-Endprodukte*

In den USA und Kanada sind gegen Bayer zivilrechtliche Schadenersatzklagen in Form von Sammelklagen erhoben worden. Die Verfahren beinhalten Vorwürfe unerlaubter Preisabsprachen unter anderem bei Polyether-Polyolen und bestimmten Vorprodukten für Urethan-Endprodukte. Bayer hat in den USA eine Sammelklage mit einer Klägergruppe verglichen, die ca. 75 Prozent der direkten Käufer von Polyether-Polyolen, MDI und TDI (und entsprechender Systeme) repräsentiert. Dieser Vergleich wurde in der Zwischenzeit gerichtlich genehmigt. Die übrigen direkten Käufer haben sich an diesem Vergleich nicht beteiligt („opt out“). Sie sind weiterhin berechtigt, separate Klagen zu erheben, was bislang jedoch nicht geschehen ist. In Kanada ist außerdem eine Sammelklage direkter und indirekter Käufer von Polyether-Polyolen, MDI und TDI (und entsprechender Systeme) anhängig. Im Februar 2006 wurde Bayer in diesem Zusammenhang eine Verfügung zur Vorlage von Unterlagen („Subpoena“) vom US-Justizministerium zugestellt.

#### *Auswirkungen dieser Kartellverfahren auf Bayer*

Unter Ausschluss des Teiles, für den LANXESS verantwortlich ist, haben sich die im Konzern gebildeten Rückstellungen für die vorgenannten Zivilverfahren durch Vergleichszahlungen von 285 MIO € in 2005 auf 129 MIO € zum 31. Dezember 2006 verringert.

Bayer wird weiterhin in geeigneten Fällen einen Vergleich anstreben. Bayer wird sich auch zukünftig entschieden verteidigen, wenn solche Vergleiche nicht erreichbar sind.

Das mit der Gesamtheit der vorgenannten Verfahren verbundene finanzielle Risiko über bereits gezahlte Beträge und die gebildeten Rückstellungen hinaus ist wegen der beträchtlichen Ungewissheit dieser Verfahren derzeit nicht bezifferbar. Daher konnte eine weitere bilanzielle Vorsorge nicht getroffen werden. Das Unternehmen erwartet, dass im Verlauf der genannten Verfahren weitere, zurzeit nicht bezifferbare Aufwendungen erforderlich werden.

### Verfahren wegen genetisch veränderter Reispflanzen

Seit August 2006 wurden in den USA gegen Bayer CropScience LP zahlreiche Klagen von Reisfarmern und Großhändlern bei Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten, einschließlich Sammelklagen, erhoben. Die Kläger bringen vor, sie hätten wirtschaftliche Verluste erlitten, nachdem Spuren von genetisch verändertem Reis (LLRICE601) in Stichproben von konventionellem, in den USA angebaute Langkornreis festgestellt wurden. Dies habe zu zahlreichen wirtschaftlichen Nachteilen, einschließlich des Verfalls der Preise für Langkornreis, Kosten aufgrund von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie Kosten aufgrund der Sicherstellung einer anderweitigen Belieferung, geführt. Sämtliche vor Bundesgerichten anhängige Verfahren sind im Dezember zur Koordination an ein Bundesgericht in Missouri verwiesen worden.

Nach seiner technologischen Entwicklung wurde LLRICE601 in Zusammenarbeit mit Dritten, darunter einem Institut für Züchtungsforschung in den USA, weiter getestet. Die Entwicklung dieser Linie wurde jedoch nicht zur Vermarktung weitergeführt. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium USDA und die amerikanische Lebens- und Arzneimittelbehörde FDA haben bestätigt, dass LLRICE601 sicher für die Gesundheit, für den Einsatz in Nahrungs- und Futtermitteln wie auch für die Umwelt ist. Im November 2006 teilte das US-Landwirtschaftsministerium mit, es habe LLRICE601 zum Markt zugelassen. Es untersucht derzeit, wie LLRICE601 unter konventionellen in den USA angebaute Reis gelangt ist.

Bayer ist überzeugt, gute Argumente zur Verteidigung gegen die erhobenen Ansprüche zu haben, und wird sich entschieden zur Wehr setzen. Aufgrund der mit diesen Verfahren verbundenen Unwägbarkeiten ist es derzeit nicht möglich, den Umfang einer etwaigen Haftung abzuschätzen.

### Verfahren wegen Kontrazeptiva

**Yasmin®:** Im April 2005 reichte Bayer Schering Pharma vor einem US-Bundesgericht eine Patentverletzungsklage gegen Barr Pharmaceuticals Inc. und Barr Laboratories Inc. ein. Darin wird Barr wegen seiner in einem ANDA-Zulassungsverfahren angestrebten generischen US-Version des oralen Verhütungsmittels Yasmin® von Bayer Schering Pharma Patentverletzung vorgeworfen. Im Juni 2005 reichte Barr eine Gegenklage ein, in der die Ungültigerklärung des Patentes von Bayer Schering Pharma beantragt wurde. Die Verfahren befinden sich zurzeit in der Phase der beiderseitigen Beibringung von Beweismitteln („Pre-Trial Discovery“).

**YAZ®:** Im Januar 2007 erhielt Bayer Schering Pharma die Mitteilung, dass Barr Laboratories ein weiteres ANDA-Zulassungsverfahren hinsichtlich einer generischen US-Version des oralen Verhütungsmittels YAZ® von Bayer Schering Pharma eingeleitet hat. Bayer Schering Pharma hat für die Indikation von YAZ® als orales Verhütungsmittel gesetzliche FDA-Marktexklusivität bis März 2009.

Die besondere Bedeutung der beiden oralen Kontrazeptiva Yasmin® und YAZ® für das Geschäft ist offenkundig. Bayer ist fest entschlossen, die führende Position auf diesem Gebiet weiter auszubauen.

### Verfahren wegen Propylenoxid

Ein US-Schiedsgericht hat im Mai 2006 der Lyondell Chemical Co. die gegen Bayer geltend gemachten Ansprüche zuerkannt. Gegenstand des Schiedsverfahrens waren Ansprüche aufgrund unterschiedlicher Vertragsauslegung im Zusammenhang mit einem Joint Venture zur Herstellung von Propylenoxid. Bayer hat die Aufhebung des Schiedsspruchs beantragt. Lyondell erstrebt demgegenüber eine Bestätigung der Entscheidung und beansprucht Zinsen für die Zeit bis zum Schiedsspruch. Bayer hat hierfür eine entsprechende

bilanzielle Vorsorge getroffen. Daneben hat Bayer im Januar 2007 eine weitere Klage gegen Lyondell vor einem US-Gericht erhoben, mit der die Anpassung eines Vertrags und die Rückzahlung bestimmter Beträge verfolgt wird, die angeblich von Bayer im Zusammenhang mit dem Schiedsspruch geschuldet werden.

Weiterhin hat Bayer einen gesonderten Zahlungsanspruch gegen Lyondell im Rahmen eines separaten Schiedsverfahrens geltend gemacht, der sich auf die Verwendung von bestimmten Propylenoxidmengen durch Lyondell bezieht.

#### **Verfahren über Injektoren und ähnliche Produkte**

Im November 1998 erhoben Liebel-Flarsheim Company und ihre Muttergesellschaft Malinckrodt, Inc., Klage gegen die Bayer Schering Pharma-Tochtergesellschaft Medrad. Sie behaupteten, dass einige der Medrad-Produkte (Frontloading-Injektoren) vier Patente von Liebel-Flarsheim verletzen. Im Oktober 2005 entschied das Gericht zugunsten von Medrad. Dabei stellte es fest, dass die Medrad-Produkte die Patente von Liebel-Flarsheim zwar verletzt hätten, wenn sie gültig wären, alle vier Patente jedoch ungültig seien. Beide Parteien legten gegen den für sie ungünstigen Teil der Entscheidung Berufung ein. Eine im September 2004 von den Klägern erhobene Klage auf Verletzung der gleichen Patente durch ein weiteres Medrad-Produkt wurde im Oktober 2005 wie im ersteren Fall entschieden, auch hier legten beide Parteien entsprechende Berufung ein.

Die Kläger haben zwei weitere Feststellungsklagen gegen Medrad erhoben. Medrad selbst hat Liebel-Flarsheim mit der Begründung verklagt, dass ein Produkt von Liebel-Flarsheim ein von Medrad gehaltenes Patent verletze.

Bayer ist überzeugt, in allen Verfahren gute Argumente zu haben, und wird sich gegen erhobene Ansprüche entschieden zur Wehr setzen.

#### **Patentrechtliche und vertragsrechtliche Auseinandersetzungen**

Abbott hat in den USA u. a. gegen Bayer wegen behaupteter Patentverletzungen Klage erhoben. Betroffen sind auch Blutzuckermessgeräte der Ascensia® Contour® Systems, die aus Japan zugeliefert werden. Der Hersteller ist zu einer Freistellung von etwaiger Haftung und Kosten verpflichtet, und das Bayer-Management geht davon aus, dass im Falle einer Haftung die entsprechenden Beträge und Kosten in substantiellem Umfang erstattet werden.

Limagrain nimmt Bayer – als Rechtsnachfolger von Rhône-Poulenc – auf Freistellung von Verpflichtungen gegenüber Dritten aus Vertragsverletzung in Anspruch.

In einem anderen Fall hat Bayer mehrere Unternehmen in den USA wegen der Verletzung von Patenten im Zusammenhang mit Moxifloxacin verklagt. Diese Unternehmen bringen zu ihrer Verteidigung u. a. vor, dass sie die Patente für nichtig und nicht durchsetzbar halten.

In diesen patentrechtlichen und vertragsrechtlichen Auseinandersetzungen ist Bayer überzeugt, gute Argumente zu haben, und wird sich entschieden zur Wehr setzen.

#### **Produkthaftungsfälle, andere Fälle**

Rechtliche Risiken erwachsen auch aus anderen Produkthaftungsfällen als denjenigen um Lipobay/Baycol. Gegen Bayer sind in den USA zahlreiche Klagen anhängig, die sich auf Schadenersatz für außerhalb der USA lebende Kläger richten, die durch Blutplasma-Produkte mit HIV oder HCV (Hepatitis-c-Virus) infiziert worden sein sollen. Weitere Klagen wurden von in den USA lebenden Klägern erhoben, die dadurch mit HCV infiziert worden sein sollen.

Bayer ist gemeinsam mit anderen Herstellern, Großhändlern und Anwendern im Staat Alabama in den USA auf Schadenersatz verklagt worden. Darunter befindet sich auch eine us-weite Sammelklage. Die Kläger behaupten Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit, die durch die Verwendung von Diphenylmethan-Diisocyanat (MDI) im Kohlebergbau verursacht sein sollen.

Bayer ist wie eine Reihe anderer Pharma-Gesellschaften in den USA in mehreren Verfahren auf Schadenersatz, Strafschadenersatz und Herausgabe von Gewinn verklagt worden. Die Klagen werden mit der angeblichen Manipulation bei Angaben von Großhandelspreisen bzw. dem günstigsten Preis begründet. Kläger sind u. a. auch Bundesstaaten.

Die Zustimmung der Hauptversammlung der Bayer Schering Pharma AG vom 13. September 2006 zu einem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Bayer Schering GmbH ist Gegenstand gerichtlicher Verfahren. Außenstehende Aktionäre haben Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen erhoben und erstreben die gerichtliche Überprüfung der Höhe der Abfindung und des Ausgleichs. Bayer Schering Pharma AG hat ein Freigabeverfahren eingeleitet zur gerichtlichen Bestätigung, dass die Klagen der Eintragung des Vertrags in das Handelsregister nicht entgegenstehen und dass etwaige Fehler des Beschlusses nicht die Wirksamkeit des Vertrags berühren. Gegen den zwischenzeitlich erfolgten Eintrag des Vertrags in das Handelsregister wurde ein Amtslöschungsverfahren angeregt.

Ein weiteres Risiko kann aus den Asbest-Klagen in den USA erwachsen. In der weit überwiegenden Zahl der Fälle behaupten die Kläger, Bayer und andere Beklagte hätten Dritte in zurückliegenden Jahrzehnten auf dem eigenen Werksgelände beschäftigt, ohne vor den bekannten Gefahren von Asbest hinreichend gewarnt oder geschützt zu haben. Eine Bayer-Beteiligungsgesellschaft in den USA ist Rechtsnachfolger von Gesellschaften, die bis 1976 Asbest-Produkte verkauften. Im Falle einer Haftung besteht eine vollständige Freistellung durch Union Carbide.

Bayer ist u. a. Beklagte in einer Sammelklage in North-Carolina, USA, in der Verstöße gegen wettbewerbsrechtliche Vorschriften beim Vertrieb eines bestimmten Termitizids (Premise®) behauptet werden.

Bayer ist überzeugt, auch in diesen Produkthaftungsfällen und anderen Fällen über gute Argumente zu verfügen, und wird sich entschieden zur Wehr setzen.

#### **Haftungserwägungen nach der Abspaltung von LANXESS**

Für die Haftungssituation nach der Abspaltung des Teilkonzerns LANXESS spielen sowohl gesetzliche als auch vertragliche Bestimmungen eine Rolle. Nach dem deutschen Umwandlungsgesetz haften alle an einer Abspaltung beteiligten Einheiten gesamtschuldnerisch für die vor dem Abspaltungsdatum begründeten Verbindlichkeiten der abgehenden Einheit. Somit haften die Bayer AG und die LANXESS AG gesamtschuldnerisch für einen Zeitraum von fünf Jahren für alle Verbindlichkeiten der Bayer AG, die am 28. Januar 2005 bestanden.

#### **Gesamtbeurteilung der Risiken**

Die Risikolandschaft des Bayer-Konzerns hat sich im Berichtszeitraum nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert. Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ist das Ergebnis der konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken, wobei aus heutiger Sicht keine Risiken erkennbar sind, die alleine oder auch in Kombination den Fortbestand der Bayer-Gruppe gefährden könnten.

Für das Jahr 2007 erwarten wir ein Wachstum der Weltwirtschaft, das weiterhin deutlich über dem langfristigen Durchschnitt liegt, wobei wir jedoch von einer Verlangsamung des Wachstums auf hohem Niveau ausgehen. Die aktuellen Frühindikatoren lassen darauf schließen, dass sich die Konjunktur in einigen Industrieländern vorübergehend etwas abschwächen wird. Die Konjunkturertrübung in den USA wird sich nach unserer Meinung aber nur moderat auf die Weltwirtschaft auswirken. Andere Regionen wie Europa und die Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas dürften mit ihrem robusten Wachstum die US-Wachstumsschwäche kompensieren. Auch wenn wir davon ausgehen, dass die Weltwirtschaft insgesamt schwungvoll bleiben wird, sehen wir vor allem in der aufkommenden Tendenz zum Protektionismus und in den fortbestehenden weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten Risiken für die Weltwirtschaft. Zudem ist die Entwicklung des Erdölpreises nur schwer prognostizierbar.

Im Geschäftsjahr 2006 haben wir die Ertragskraft des Konzerns weiter verbessert. Mit einem neuen Allzeithoch beim bereinigten EBIT und EBITDA, einer bereinigten EBITDA-Marge (bezogen auf den Konzernumsatz) von 19,3 Prozent und einem währungs- und portfoliobereinigten Umsatzwachstum von 5,2 Prozent haben wir unsere operativen Ziele für 2006 erreicht. Wir sind zuversichtlich, auf dieser Grundlage aufbauend, die operative Performance des Konzerns weiter verbessern zu können.

Im Geschäftsjahr 2007 wollen wir den Konzernumsatz um mehr als zehn Prozent steigern. Portfolio- und währungsbereinigt entspräche dies einem Wachstum in der Größenordnung von fünf Prozent. Wir planen, das bereinigte EBITDA um mehr als zehn Prozent zu erhöhen und unsere bereinigte EBITDA-Marge leicht zu verbessern.

Als Obergesellschaft des Konzerns erhält die Bayer AG Erträge insbesondere von ihren Beteiligungsgesellschaften. Durch die Anbindung der großen operativen Tochtergesellschaften in Deutschland über Gewinnabführungsverträge werden deren Ergebnisse direkt bei der Bayer AG vereinnahmt. Darüber hinaus erhält die Bayer AG Erträge in Form von Dividendenzahlungen. Vor dem Hintergrund einer weiter verbesserten Performance im Konzern gehen wir davon aus, durch ein entsprechendes Dividendenmanagement Beteiligungserträge in einer Höhe erzielen zu können, die es erlauben, die operativen Kosten der Bayer AG in Wahrnehmung ihrer Holding-Funktion und zudem den erhöhten Finanzierungsaufwand infolge der Schering-Akquisition zu decken und mittelfristig zurückzuführen. Darüber hinaus streben wir auch im Jahr 2007 einen Jahresüberschuss an, mit dem wir unsere Aktionäre angemessen am Erfolg des Unternehmens beteiligen und zugleich die Rücklagen stärken können.

## Wesentliche Ereignisse nach Abschluss des Geschäftsjahres

Der im Juni 2006 vereinbarte Verkauf des Bayer-Diagnostika-Geschäfts an Siemens für 4,3 MRD € wurde im Januar 2007 abgeschlossen. Nach Abzug der Steuern flossen dem Konzern hieraus etwa 3,6 MRD € zu, die zum Abbau externer Finanzschulden, auch bei der Bayer AG, genutzt wurden.

Am 17. Januar 2007 wurde auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Bayer Schering Pharma AG der Squeeze-out der verbliebenen Minderheitsaktionäre mit 99,62 Prozent der abgegebenen Stimmen beschlossen. Laut Beschluss sollen die Aktien der Minderheitsaktionäre gegen Zahlung einer Barabfindung von 98,98 € je Aktie auf den Hauptaktionär Bayer Schering GmbH übertragen werden.

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayer Aktiengesellschaft, Leverkusen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Essen, den 8. März 2007

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

P. Albrecht  
Wirtschaftsprüfer

V. Linke  
Wirtschaftsprüfer

## Gewinn- und Verlustrechnung

Bayer AG  
Jahresabschluss  
2006

	Anhang	2005	2006
in Mio €			
<b>Umsatzerlöse</b>	[1]	197	196
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen		-134	-146
<b>Bruttoergebnis vom Umsatz</b>		63	50
Vertriebskosten		-21	-20
Allgemeine Verwaltungskosten		-194	-174
Sonstige betriebliche Erträge	[2]	216	95
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[3]	-106	-100
<b>Operatives Ergebnis</b>		-42	-149
Beteiligungsergebnis	[4]	831	2.035
Zinsergebnis	[5]	-199	-475
Übrige finanzielle Aufwendungen und Erträge	[6]	87	-111
<b>Finanzergebnis</b>		719	1.449
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/ Gewinn vor Ertragsteuern</b>		677	1.300
Ertragsteuern	[7]	-64	-50
<b>Jahresüberschuss</b>		613	1.250
Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen/ Einstellung in andere Gewinnrücklagen		81	-486
<b>Bilanzgewinn</b>		694	764

	Anhang	31.12.2005	31.12.2006
in Mio €			
<b>Aktiva</b>			
<b>Anlagevermögen</b>			
Immaterielle Vermögensgegenstände	[14]	35	32
Sachanlagen	[15]	396	375
Finanzanlagen	[16]	17.758	24.464
		<b>18.189</b>	<b>24.871</b>
<b>Umlaufvermögen</b>			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	[17]	20	31
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		5.119	16.099
Sonstige Vermögensgegenstände	[18]	854	798
		<b>5.993</b>	<b>16.928</b>
Wertpapiere	[20]	226	575
Kassenbestände, Bankguthaben	[21]	2.481	1.163
		<b>8.700</b>	<b>18.666</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	[22]	<b>46</b>	<b>44</b>
		<b>26.935</b>	<b>43.581</b>
<b>Passiva</b>			
<b>Eigenkapital</b>	[23]		
Gezeichnetes Kapital		1.870	1.957
Kapitalrücklage		2.942	4.037
Andere Gewinnrücklagen		2.245	2.731
Bilanzgewinn		694	764
		<b>7.751</b>	<b>9.489</b>
<b>Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	[24]	<b>112</b>	<b>11</b>
<b>Rückstellungen</b>			
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	[25]	2.503	2.498
Andere Rückstellungen	[26]	683	431
		<b>3.186</b>	<b>2.929</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>			
Anleihen	[27]	5.793	8.574
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		27	5.722
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	[28]	25	35
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	[29]	9.547	16.179
Sonstige Verbindlichkeiten	[30]	492	640
	[31]	<b>15.884</b>	<b>31.150</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>2</b>	<b>2</b>
		<b>26.935</b>	<b>43.581</b>

# Anhang

## Grundlagen

Der Jahresabschluss der Bayer AG ist nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

In der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz sind einzelne Positionen zur Verbesserung der Klarheit und Aussagefähigkeit zusammengefasst; sie werden im Anhang gesondert erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Umsatzkostenverfahren aufgestellt. Aufwendungen und Erträge des Finanzbereichs, deren Ausweis nicht durch einen gesetzlich vorgeschriebenen Posten gedeckt ist, sind unter den übrigen finanziellen Aufwendungen und Erträgen erfasst.

Die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ist abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht worden.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen. Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Soweit steuerlich möglich, wird mit den zulässigen Höchstsätzen degressiv abgeschrieben. Der Wechsel zur linearen Abschreibungsmethode erfolgt, sobald diese zu höheren jährlichen Abschreibungen führt.

### Nutzungsdauer der Sachanlagen

Fabrik-, Geschäfts- und Wohnbauten	25 bis 50 Jahre
Übrige Bauten	10 bis 20 Jahre
Betriebsvorrichtungen	7 bis 20 Jahre
Fahrzeuge	5 Jahre
EDV-Anlagen	3 bis 4 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4 bis 10 Jahre

Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen enthalten neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich der Abschreibungen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten oder, bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung, mit den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert. Wurden in Vorjahren Wertberichtigungen vorgenommen und sind die Gründe für die Wertminderung in der Zwischenzeit ganz oder teilweise entfallen, erfolgt eine Wertaufholung bis höchstens zu den Anschaffungskosten.

Unverzinsliche oder gering verzinsliche Ausleihungen sind mit dem Barwert, die übrigen Ausleihungen mit dem Nennwert bilanziert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert nach Abzug erforderlicher Wertberichtigungen bilanziert. Die Höhe der Wertberichtigungen richtet sich nach dem wahrscheinlichen Ausfallrisiko.

Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsenkursen am Bilanzstichtag bewertet.

Unterschiede zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten werden aktiviert und durch planmäßige Abschreibungen über die Laufzeit der Verbindlichkeiten getilgt.

Sonderposten mit Rücklageanteil sind in Höhe der steuerlich zulässigen Beträge angesetzt, soweit ihre Anerkennung den Ausweis in der Handelsbilanz voraussetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind nach dem versicherungsmathematischen Teilwertverfahren unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses von 6 % sowie der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt.

Die anderen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Bewertung erfolgt jeweils in Höhe des Betrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zum Bilanzstichtag erforderlich ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Aufwandsrückstellungen nach § 249 Absatz 2 HGB werden nicht gebildet.

Die Verbindlichkeiten sind zum Nennwert bzw. zum höheren Rückzahlungsbetrag bilanziert. Handelt es sich um Rentenverpflichtungen, sind diese zum Barwert unter Verwendung fristadäquater Zinssätze für die finanziellen Verpflichtungen des Unternehmens angesetzt.

Die Bewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung sowie von Devisentermingeschäften und anderen Währungsderivaten erfolgt nach der Methode der eingeschränkten Marktbewertung. Hierzu werden Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten mit den Kassakursen und die zu ihrer Kurssicherung abgeschlossenen Währungsderivate mit den Marktterminkursen zum Abschlussstichtag bewertet. Aus der Bewertung resultierende Gewinne und Verluste werden je Währung miteinander verrechnet. Für Verlustüberhänge werden Drohverlustrückstellungen gebildet; Gewinne bleiben unberücksichtigt. Der Ansatz der Forderungen und Verbindlichkeiten selber erfolgt zum Einbuchungskurs.

Kassenbestände und Bankguthaben in Fremdwährung werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Die ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Garantien für fremde Verbindlichkeiten entsprechen den am Bilanzstichtag in Anspruch genommenen Kreditbeträgen bzw. Verpflichtungen der Begünstigten.

**(1) Umsatzerlöse**

Als Umsatzerlöse werden Erlöse von 114 Mio € (Vorjahr: 123 Mio €) aus der Vermietung des der Bayer AG gehörenden Immobilienvermögens sowie von 82 Mio € (Vorjahr: 74 Mio €) aus der Bereitstellung bestimmter Dienstleistungen erfasst.

Der Umsatz wurde mit 195 Mio € (Vorjahr: 193 Mio €) nahezu ausschließlich in Deutschland erzielt.

**(2) Sonstige betriebliche Erträge**

	2005	2006
<small>in Mio €</small>		
Gewinne aus Anlagenabgängen	206	1
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3	3
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	-	90
Übrige	7	1
	<b>216</b>	<b>95</b>

Mit Wirkung zum 29. Januar 2005 hat die Bayer AG das von LANXESS genutzte Immobilienvermögen in den Werken Leverkusen, Dormagen, Krefeld-Uerdingen und Brunsbüttel an die LANXESS Deutschland GmbH veräußert. Hieraus resultierte im Vorjahr ein Veräußerungsgewinn von 201 Mio €.

Zur Verbesserung des Einblicks in die Ertragslage wurden die Erlöse aus den Nebengeschäften mit den entsprechenden Estandskosten verrechnet. Das Ergebnis war ausgeglichen; im Vorjahr ergab sich ein positiver Saldo von 3 Mio €.

**(3) Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten unter anderem Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen, aus der Wertberichtigung von Forderungen sowie aus verschiedenen Aufwandsabgrenzungen. Im Gesamtbetrag der sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Vorjahres sind Kosten von 18 Mio € im Zusammenhang mit der Abspaltung der LANXESS AG und der Vorbereitung ihres Börsengangs enthalten.

Der nach § 6b EStG gebildete Sonderposten mit Rücklageanteil wurde im Berichtsjahr mit 90 Mio € und damit in voller Höhe bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten neuer Vermögensgegenstände abgezogen. Dies führte zu einem Aufwand von 90 Mio €. Diesem steht ein gleich hoher Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens gegenüber; er ist unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Im Vorjahr führte die Bildung eines Sonderpostens mit Rücklageanteil zu einem Aufwand von 66 Mio €.

#### (4) Beteiligungsergebnis

	2005	2006
in Mio €		
Erträge aus Beteiligungen	223	14
davon aus verbundenen Unternehmen 14 Mio € (Vorjahr: 223 Mio €)		
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen mit verbundenen Unternehmen	744	2.402
Aufwendungen aus Verlustübernahmen von verbundenen Unternehmen	-116	-298
Abschreibungen auf Beteiligungen	-14	-
Zuschreibungen zu Beteiligungen	-	4
Gewinne aus dem Abgang von Beteiligungen	2	-
Verluste aus dem Abgang von Beteiligungen	-8	-87
	<b>831</b>	<b>2.035</b>

Die Abschreibungen des Vorjahres auf Beteiligungen entfallen mit 10 Mio € auf die CuraGen Corporation, USA, und mit 4 Mio € auf die Bayer Middle East Ltd., Ägypten. Aufgrund eines entsprechenden Kursanstiegs erfolgte im Jahr 2006 bei CuraGen eine Wertaufholung von 3 Mio €.

Der Verlust aus dem Abgang von Beteiligungen im Jahr 2006 betraf mit 81 Mio € hauptsächlich den innerkonzernlichen Verkauf von Anteilen an der Bayer CropScience Ltda., Brasilien. Der im Jahr 2005 angefallene Verlust beinhaltet als wesentlichen Einzelbetrag 7 Mio € aus der Veräußerung der LANXESS India Private Limited, Indien, an die LANXESS Deutschland GmbH.

#### (5) Zinsergebnis

	2005	2006
in Mio €		
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4	5
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	670	964
davon aus verbundenen Unternehmen 417 Mio € (Vorjahr: 236 Mio €)		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-873	-1.444
davon an verbundene Unternehmen -448 Mio € (Vorjahr: -208 Mio €)		
	<b>-199</b>	<b>-475</b>

#### (6) Übrige finanzielle Aufwendungen und Erträge

	2005	2006
in Mio €		
Zinsanteil in der Zuführung zu den Personalrückstellungen	-146	-188
An Tochtergesellschaften weiterbelasteter Zinsanteil aus der Zuführung zu den Personalrückstellungen	115	184
Sonstige finanzielle Aufwendungen	-12	-133
Sonstige finanzielle Erträge	130	26
	<b>87</b>	<b>-111</b>

Der durch die Aufzinsung der versicherungsmathematisch berechneten Personalrückstellungen verursachte Zinsaufwand wird anteilig an die in den Jahren 2002 und 2003 aus der Bayer AG ausgegliederten Tochtergesellschaften weiterbelastet. Die Kostenweitergabe an die Gesellschaften war in den jeweiligen Ausgliederungsverträgen vereinbart worden und bezieht sich auf die Pensionsrückstellungen für den bei der Bayer AG verbliebenen Bestand an Rentnern und mit unverfallbaren Anwartschaften ausgeschiedenen Mitarbeitern.

Von den sonstigen finanziellen Aufwendungen entfallen 74 Mio € auf Bankgebühren. Sie stehen vor allem in Zusammenhang mit der Finanzierung des Schering-Erwerbs und resultieren mit 38 Mio € aus der Begebung von Anleihen und mit 14 Mio € aus der im Juli 2006 erfolgten Kapitalerhöhung. Im Vorjahr waren Bankgebühren von 10 Mio € aus der Begebung der 1,3 MRD €-Hybridanleihe enthalten.

Ebenfalls Bestandteil der sonstigen finanziellen Aufwendungen ist das Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung. Es umfasst realisierte Kursgewinne und -verluste sowie die bilanziell zu berücksichtigenden Effekte aus der Bewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung sowie von Währungsderivaten. Im Jahr 2006 fiel per Saldo ein Aufwand von 51 Mio € an. 2005 wurde ein Kursgewinn von 90 Mio € erzielt, der unter den sonstigen finanziellen Erträgen erfasst ist.

Die sonstigen finanziellen Erträge des Vorjahres beinhalten darüber hinaus einen Gewinn von 29 Mio € aus dem Rückkauf der im Jahr 2004 durch die LANXESS AG begebenen Pflichtwandelanleihe über nominal 200 Mio €.

#### (7) Ertragsteuern

Als Ertragsteueraufwendungen werden Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Solidaritätszuschlag und im Ausland entrichtete Ertragsteuern ausgewiesen.

#### (8) Sonstige Steuern

Soweit die sonstigen Steuern den betrieblichen Funktionsbereichen Herstellung, Vertrieb und allgemeine Verwaltung zugeordnet werden konnten, sind sie in den entsprechenden Aufwandspositionen verrechnet, im Übrigen unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst. Insgesamt beliefen sich die sonstigen Steuern wie im Vorjahr auf 9 Mio €.

#### (9) Materialaufwand

	2005	2006
in Mio €		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3	7
Aufwendungen für bezogene Leistungen	31	24
	<b>34</b>	<b>31</b>

#### (10) Personalaufwand/Mitarbeiter

	2005	2006
in Mio €		
Entgelte	72	78
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	7	7
Aufwendungen für Altersversorgung	27	9
	<b>106</b>	<b>94</b>

Nicht als Personalaufwand erfasst sind Beträge, die sich aus der Aufzinsung der Personalrückstellungen, insbesondere der Pensionsrückstellungen, ergeben. Sie sind als Bestandteil des Finanzergebnisses unter den übrigen finanziellen Aufwendungen ausgewiesen.

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Bayer AG 582 Mitarbeiter (Vorjahr: 554 Mitarbeiter) beschäftigt.

#### (11) Aktienorientierte Vergütung

Seit dem Jahr 2000 gewährt die Bayer AG ihren Mitarbeitern als zusätzlichen Vergütungsbestandteil längerfristig angelegte aktienorientierte Vergütungsprogramme. Sie sind nach Mitarbeitergruppen differenziert und jeweils als Kollektivzusagen ausgestaltet.

Für Mitglieder des Vorstands und Mitarbeiter der oberen Führungsebene wurde in den Jahren 2000 bis 2004 ein Programm aufgelegt, welches in Grundzügen einem Aktien-Optionsprogramm (AOP) mit variablen, aktienbasierten Ausschüttungen entspricht. Für dieses Programm ist ein Barausgleich vorgesehen. Für das mittlere Management und die weiteren Mitarbeiter wurden ein Aktien-Incentiveprogramm (AIP) bzw. ein Aktien-Beteiligungsprogramm (ABP) begeben.

Seit dem Jahr 2005 besteht für die Vorstandsmitglieder und Führungskräfte das Programm „Aspire“ in zwei unterschiedlichen Ausprägungen. Für das übrige Management sowie die Tarifmitarbeiter wird seitdem ein Aktien-Beteiligungsprogramm (ABP) mit geänderten Bedingungen angeboten, bei dem das Unternehmen einen Zuschuss zu einem Eigeninvestment in Aktien der Bayer AG gewährt.

Allen zum Abschlussstichtag bestehenden Verpflichtungen, die sich aus den aktienorientierten Programmen ergeben, wird durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen. Ihre Höhe bemisst sich zum einen am beizulegenden Wert (Fair Value) der jeweiligen Zusagen und zum anderen an der seit Auflegung vergangenen Zeitdauer im Verhältnis zur Gesamtdauer des jeweiligen Programms. Zuführungen zu den Rückstellungen werden aufwandswirksam erfasst.

Der beizulegende Zeitwert der Verpflichtungen aus den aktienorientierten Vergütungsprogrammen wurde jeweils auf der Grundlage einer Monte-Carlo-Simulation ermittelt, der folgende wesentliche Parameter zu Grunde lagen:

	2005	2006
in %		
Dividendenrendite	2,27	2,29
Risikoloser Zinssatz	2,92	3,83
Volatilität Bayer-Aktie	38,00	21,52
Volatilität Dow Jones EURO STOXX 50 <sup>SM</sup>	19,55	13,14
Korrelation Bayer-Kurs – Dow Jones EURO STOXX 50 <sup>SM</sup>	0,56	0,61

**Aspire I (2005 bis 2006)**

Mitglieder des Vorstands und Mitarbeiter der oberen Führungsebene sind zur Teilnahme an Aspire I berechtigt, soweit sie nach vorgegebenen Richtlinien eine individuell festgelegte Anzahl an Bayer-Aktien erwerben und dieses Eigeninvestment über die Programmlaufzeit halten. Bemessungsbasis für Aspire I ist ein individueller, positionsabhängiger Prozentwert vom jährlichen Grundgehalt (Aspire-Zielbetrag). In Abhängigkeit von der absoluten Kursentwicklung der Bayer-Aktie sowie von der relativen Performance im Vergleich zum Aktienindex Dow Jones EURO STOXX 50<sup>SM</sup>, jeweils bezogen auf eine dreijährige Performance-Periode, wird an die Teilnehmer ein Betrag von maximal 200 Prozent des Aspire-Zielbetrags ausgezahlt oder wahlweise in so genannte Performance Units umgewandelt. Diese können dann innerhalb eines Ausübungszeitraums von zwei Jahren zum jeweils aktuellen Kurs der Bayer-Aktie bar eingelöst werden.

**Aspire II (2005 bis 2006)**

Für die übrigen Führungskräfte wird Aspire II angeboten. Es entspricht in seinen Grundzügen Aspire I. Im Gegensatz zu diesem ist ein Eigeninvestment in Bayer-Aktien allerdings nicht erforderlich. Zudem wird die Performance ausschließlich an der absoluten Kursentwicklung der Bayer-Aktie gemessen. Der maximal erreichbare Ertrag ist auf 150 Prozent des Aspire-Zielbetrags begrenzt.

**Aktien-Beteiligungsprogramm ABP (2005 bis 2006)**

Im Rahmen des Aktien-Beteiligungsprogramms gewährt Bayer den zur Teilnahme berechtigten Mitarbeitern einen Zuschuss zum Eigeninvestment in Bayer-Aktien. Die Höhe des Zuschusses, der jährlich neu festgelegt wird, belief sich im Jahr 2006 auf 15 Prozent. Es konnten je Mitarbeiter Bayer-Aktien im Wert von 10 Prozent des jeweiligen Jahreseinkommens, maximal im Wert von 5.000 € erworben werden. Die erworbenen Aktien werden in gesonderten Depots verwahrt und unterliegen einer Veräußerungssperre, die für die im Jahr 2006 erworbenen Aktien am 31.12.2007 endet.

**Aktien-Optionsprogramm AOP (2000 bis 2004)**

Die Aktien-Optionsprogramme für Mitglieder des Vorstands sowie für obere Führungskräfte sind jeweils auf eine Dauer von fünf Jahren ausgelegt, wobei einer dreijährigen Sperrfrist eine zweijährige Ausübungsperiode folgt. Die bis zum Ende der Ausübungsperiode nicht ausgeübten Optionsrechte verfallen (AOP 2000 – 2002) bzw. werden am Ende der Ausübungsperiode zu Gunsten des Mitarbeiters ausgeübt (AOP 2003 – 2004). Das Recht, die Optionen auszuüben, sowie der finanzielle Betrag, der jedem einzelnen Teilnehmer bei Ausübung seiner Optionsrechte zusteht, hängt von der absoluten Performance der Bayer-Aktie sowie ihrer relativen Entwicklung im Vergleich mit dem Aktienindex Dow Jones EURO STOXX 50<sup>SM</sup> ab.

Zu Beginn einer jeden Programmtranche wurde in Abhängigkeit von der Position des jeweiligen Mitarbeiters individuell festgelegt, wie viele Aktien höchstens in das Programm eingebracht werden durften. Hierdurch wurde die Zahl der Optionen bestimmt. Bei den Programmen der Jahre 2000 bis 2002 wurde eine Option je 20 eingebrachter Aktien gewährt; jede Option konnte über die Laufzeit einen Gegenwert von maximal 200 Bayer-Aktien erreichen. Für die Tranchen 2003 und 2004 hat jeder Teilnehmer bis zu drei Optionen pro eingebrachter Aktie erhalten; pro Option wird nach Erreichen von Performance- und Outperformance-Zielen der Gegenwert einer Bayer-Aktie im Ausübungszeitpunkt und eine Outperformance-Prämie ausbezahlt.

Derzeit sind Optionen aus den AOP-Tranchen der Jahre 2002 und 2003 ausübbar. Optionen aus den in den Jahren 2000 und 2001 aufgelegten Programmtranchen sind entweder ausgeübt oder verfallen.

#### **Aktien-Incentiveprogramm AIP (2000 bis 2004)**

Die Teilnehmer an den Aktien-Incentiveprogrammen erhalten zu definierten Zeitpunkten während der jeweils zehnjährigen Programmlaufzeit den Gegenwert einer bestimmten Anzahl von Bayer-Aktien. Für je zehn Aktien, die die Mitarbeiter als Eigeninvestment in das Programm eingebracht haben, sind dies nach zwei Jahren zwei Aktien, nach sechs und zehn Jahren jeweils vier weitere Aktien. Bedingung für die Incentivierung ist, dass die Programmteilnehmer die eingebrachten Aktien am betreffenden Incentivierungszeitpunkt in einem hierfür eingerichteten Mitarbeiter-Depot halten und der seit Programmauflegung erzielte prozentuale Kursanstieg der Bayer-Aktie über dem des Aktienindex Dow Jones EURO STOXX 50<sup>SM</sup> liegt. Anders als beim Aktien-Optionsprogramm können die durch die Mitarbeiter eingebrachten Aktien während der Programmlaufzeit verkauft werden, wobei die verkauften Aktien vom folgenden Incentivierungstermin an nicht mehr incentivierungsberechtigt sind. Die Zahl der Aktien, die vom einzelnen Mitarbeiter in das Programm eingebracht werden konnten, war wertmäßig auf die Hälfte seiner leistungsabhängigen Bonuszahlung für das jeweils vorangegangene Geschäftsjahr begrenzt.

#### **Aktien-Beteiligungsprogramm ABP (2000 bis 2004)**

Das Aktien-Beteiligungsprogramm entspricht in seiner Struktur dem Aktien-Incentiveprogramm, wobei sich die Incentivierung ausschließlich an der Haltedauer der als Eigeninvestment der Mitarbeiter in das Programm eingebrachten Bayer-Aktien orientiert. Die Incentivierungsleistung ist gegenüber dem Aktien-Incentiveprogramm halbiert. Nach zwei Jahren Haltedauer wird je zehn Aktien Eigeninvestment der Gegenwert einer Bayer-Aktie gewährt, nach sechs bzw. zehn Jahren der Gegenwert jeweils zwei weiterer Aktien.

Für alle aktienorientierten Vergütungsprogramme der Bayer AG wurden im Berichtsjahr 10 MIO € (Vorjahr: 6 MIO €) aufgewendet; der Betrag ist Bestandteil des Personalaufwands. Die Rückstellungen für diese Programme beliefen sich zum 31.12.2006 auf 9 MIO € (Vorjahr: 6 MIO €).

#### **(12) Abschreibungen**

Außerplanmäßige Abschreibungen wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung wurden im Jahr 2006 nicht vorgenommen. Im Vorjahr waren Finanzanlagen mit 14 MIO € betroffen. Steuerliche Sonderabschreibungen fielen weder im laufenden Jahr noch im Vorjahr an.

#### **(13) Einfluss steuerlicher Maßnahmen**

Das Jahresergebnis war als Folge von im Jahr 2006 und in früheren Geschäftsjahren vorgenommenen steuerlichen Mehrabschreibungen sowie der Bildung bzw. Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil um 22 MIO € erhöht (Vorjahr: um 77 MIO € vermindert). Künftige Belastungen durch höhere Ertragsteuern, die sich aus dieser Bewertung ergeben, verteilen sich auf bis zu 33 Jahre und sind deshalb für deren Ergebnisse jeweils ohne erhebliche Bedeutung.

## Erläuterungen zur Bilanz

Bayer AG  
Jahresabschluss  
2006

## Anhang

## (14) Immaterielle Vermögensgegenstände

	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rech- ten und Werten	Geleistete Anzahlungen	Summe
in Mio €			
Bruttowerte 31.12.2005	38	1	39
Umbuchungen	1	-1	-
<b>Bruttowerte 31.12.2006</b>	<b>39</b>	<b>-</b>	<b>39</b>
Abschreibungen 31.12.2005	4	-	4
Abschreibungen 2006	3	-	3
<b>Abschreibungen 31.12.2006</b>	<b>7</b>	<b>-</b>	<b>7</b>
<b>Nettowerte 31.12.2006</b>	<b>32</b>	<b>-</b>	<b>32</b>
Nettowerte 31.12.2005	34	1	35

## (15) Sachanlagen

	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten ein- schließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Summe
in Mio €				
Bruttowerte 31.12.2005	2.027	11	14	2.052
Investitionen	90	1	3	94
Abgänge	-35	-3	-	-38
Umbuchungen	10	4	-14	-
<b>Bruttowerte 31.12.2006</b>	<b>2.092</b>	<b>13</b>	<b>3</b>	<b>2.108</b>
Abschreibungen 31.12.2005	1.647	9	-	1.656
Abschreibungen 2006	113	1	-	114
Abgänge	-34	-3	-	-37
<b>Abschreibungen 31.12.2006</b>	<b>1.726</b>	<b>7</b>	<b>-</b>	<b>1.733</b>
<b>Nettowerte 31.12.2006</b>	<b>366</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>375</b>
Nettowerte 31.12.2005	380	2	14	396

## (16) Finanzanlagen

	Anteile an verbunden- en Unter- nehmen	Auslei- hungen an verbunden- e Unter- nehmen	Beteili- gungen	Auslei- hungen an Beteili- gungen	Sonstige Auslei- hungen	Summe
in Mio €						
Bruttowerte 31.12.2005	15.498	2.100	178	2	160	17.938
Zugänge	6.872	-	-	-	-	6.872
Abgänge	-168	-	-	-	-2	-170
<b>Bruttowerte 31.12.2006</b>	<b>22.202</b>	<b>2.100</b>	<b>178</b>	<b>2</b>	<b>158</b>	<b>24.640</b>
Abschreibungen 31.12.2005	9	-	166	1	4	180
Wertaufholungen	-	-	-4	-	-	-4
<b>Abschreibungen 31.12.2006</b>	<b>9</b>	<b>-</b>	<b>162</b>	<b>1</b>	<b>4</b>	<b>176</b>
<b>Nettowerte 31.12.2006</b>	<b>22.193</b>	<b>2.100</b>	<b>16</b>	<b>1</b>	<b>154</b>	<b>24.464</b>
Nettowerte 31.12.2005	15.489	2.100	12	1	156	17.758

Die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen sind mit 6.493 Mio € auf Barkapitalerhöhungen bei Tochtergesellschaften zurückzuführen. Hiervon entfallen 3.444 Mio € auf die Zweite K-W-A Beteiligungsgesellschaft mbH und 3.001 Mio € auf die Bayer Schering GmbH (vormals Dritte BV GmbH), die die entsprechenden Mittel zur Finanzierung des Erwerbs von Anteilen an der Bayer Schering Pharma AG (vormals Schering AG) eingesetzt hat.

Anteilskäufe schlugen sich in den Zugängen mit 304 Mio € nieder. Sie betreffen mit 161 Mio € die Bayer SAS, Frankreich, mit 81 Mio € die Bayer CropScience Ltda., Brasilien, und mit 42 Mio € die Bayer S.A., Venezuela. Es handelte sich jeweils um Erwerbe von anderen Gesellschaften des Konzerns.

Durch die Einbringung von Anteilen an verbundenen Unternehmen in Tochtergesellschaften kam es zu einem Zugang von 75 Mio €, dem ein gleich hoher Abgang gegenübersteht.

Bei den weiteren Abgängen handelt es sich mit 81 Mio € um den Weiterverkauf der Bayer CropScience Ltda, Brasilien, innerhalb des Konzerns sowie um eine Kapitalentnahme von 12 Mio € bei der Bayer Industry Services GmbH & Co. OHG.

Die Wertaufholungen bei Beteiligungen von 4 Mio € betreffen mit 3 Mio € insbesondere die CuraGen Corporation, USA.

Eine gesonderte Aufstellung des Anteilsbesitzes der Bayer AG ist am Sitz der Gesellschaft erhältlich und wird im Elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht werden.

#### (17) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2005	31.12.2006
in Mio €		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	17	29
Forderungen gegen sonstige Kunden	3	2
	20	31

#### (18) Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände von 798 Mio € (Vorjahr: 854 Mio €) beinhalten vor allem abgegrenzte Zinsen von 589 Mio € (Vorjahr: 368 Mio €), Steuerforderungen von 71 Mio € (Vorjahr: 302 Mio €) und für den Abschluss von Optionsgeschäften gezahlte Prämien von 76 Mio € (Vorjahr: 59 Mio €). Daneben sind eine Vielzahl weiterer Einzelposten enthalten, wie Forderungen aus der Entgeltabrechnung mit den Mitarbeitern, kurzfristige Darlehensforderungen, geleistete Anzahlungen sowie noch nicht abrechenbare Leistungen.

#### (19) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr

Vom Gesamtbetrag der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände von 16.928 Mio € (Vorjahr: 5.993 Mio €) hat ein Teilbetrag von 172 Mio € (Vorjahr: 223 Mio €) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Er entfällt mit 91 Mio € (Vorjahr: 163 Mio €) auf Forderungen gegen verbundene Unternehmen und mit 81 Mio € (Vorjahr: 60 Mio €) auf sonstige Vermögensgegenstände.

#### (20) Wertpapiere

Als Wertpapiere sind Anteile an drei verbundenen Unternehmen ausgewiesen, die die Bayer AG im Dezember 2006 im Rahmen der Schering-Integration mit dem Ziel einer konzerninternen Weiterveräußerung erworben hat. Im Vorjahr waren als sonstige Wertpapiere im Wesentlichen Anteile an Spezialfonds enthalten.

**(21) Kassenbestände und Bankguthaben**

Als Hauptaktionär der Bayer Schering Pharma AG (vormals Schering AG) ist die Bayer Schering GmbH, eine Tochtergesellschaft der Bayer AG, aufgrund des Beschlusses der außerordentlichen Hauptversammlung der Bayer Schering Pharma AG vom 17. Januar 2007 verpflichtet, die den Minderheitsaktionären gehörenden Aktien im Rahmen eines Squeeze-out-Verfahrens gegen Gewährung einer Barabfindung zu übernehmen. In diesem Zusammenhang hat die Bayer AG einen entsprechenden Betrag als Sicherheit festgelegt. Er beläuft sich zum 31.12.2006 auf 710 Mio € und ist unter den Bankguthaben ausgewiesen.

Ebenfalls hier erfasst ist ein Betrag von 89 Mio € (Vorjahr: 253 Mio €) zur Regulierung zivilrechtlicher Schadenersatzansprüche wegen unerlaubter Preisabsprachen bei Kautschuk, Polyester-Polyolen und Urethanen in den USA und Kanada. Der Betrag ist bis zur Annahme der in diesem Zusammenhang angebotenen Vergleiche bzw. bis zu ihrer gerichtlichen Bestätigung auf einem in den USA verwalteten Treuhandkonto angelegt.

**(22) Rechnungsabgrenzungsposten**

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält die noch nicht amortisierten Disagio-Beträge aus den von der Bayer AG im Zeitraum 2002 bis 2006 begebenen Anleihen. Sie belaufen sich zum 31. Dezember 2006 auf 32 Mio €. Zu Jahresbeginn war ein Betrag von 30 Mio € ausgewiesen. Er hat sich durch Abschreibungen von 7 Mio € vermindert und um Zugänge aus den im Jahr 2006 begebenen Anleihen um 9 Mio € erhöht.

Bei den übrigen Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um vorausgezahlte Betriebsversicherungsprämien sowie Miet- und Leasingraten.

**(23) Eigenkapital**

Das Eigenkapital hat sich im Jahr 2006 wie folgt entwickelt:

	31.12.2005	Dividende für 2005	Jahresüberschuss	Kapitalerhöhung	31.12.2006
in Mio €					
Gezeichnetes Kapital	1.870			87	1.957
Kapitalrücklage	2.942			1.095	4.037
Andere Gewinnrücklagen	2.245		486		2.731
Bilanzgewinn	694	-694	764		764
	<b>7.751</b>	<b>-694</b>	<b>1.250</b>	<b>1.182</b>	<b>9.489</b>

Das gezeichnete Kapital der Bayer AG beläuft sich auf 1.956.715.315,20 € (Vorjahr: 1.869.675.315,20 €) und ist aufgeteilt in 764.341.920 Stück (Vorjahr: 730.341.920 Stück) nennbetragslose Stückaktien, die auf den Inhaber lauten. Jede Aktie hat ein Stimmrecht. Am 6. Juli 2006 wurden 34 Mio neue Aktien in einem beschleunigten Angebotsverfahren bei deutschen und internationalen institutionellen Anlegern platziert; insgesamt wurden hierdurch rund 1.182 Mio € Erlöst. Der Emissionspreis der neuen Aktien, die für das Geschäftsjahr 2006 voll dividendenberechtigt sind, betrug 34,75 € pro Stück. Die damit verbundene Bar-Kapitalerhöhung des Grundkapitals um 4,7 Prozent wurde vom Aufsichtsrat genehmigt und erfolgte im Rahmen der von der Hauptversammlung am 28. April 2006 erteilten Ermächtigung (Genehmigtes Kapital II).

Durch die Hauptversammlung vom 28. April 2006 ist ein genehmigtes Kapital in Höhe von 465 Mio € beschlossen worden, das bis zum 27. April 2011 befristet ist. Es kann zur Erhöhung des gezeichneten Kapitals durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen verwendet werden, wobei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen auf einen Betrag von insgesamt 370 Mio € begrenzt sind.

(Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht zu. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Spitzenbeträge von diesem Bezugsrecht auszunehmen und es auch insoweit auszuschließen, wie es erforderlich ist, um den Gläubigern der von der Bayer AG oder ihren Konzerngesellschaften ausgegebenen Schuldverschreibungen mit Wandlungs- oder Optionsrechten bzw. einer Wandlungspflicht ein Bezugsrecht auf neue Aktien einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung ihres Wandlungs- oder Optionsrechts bzw. nach Erfüllung einer Wandlungspflicht zustünde. Weiterhin ist der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, sofern die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder von Beteiligungen an Unternehmen oder sonstiger Vermögensgegenstände erfolgt.

Ein weiteres genehmigtes Kapital ist ebenfalls durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. April 2006 geschaffen worden. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 27. April 2011 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bareinlagen einmal oder mehrmals um bis zu insgesamt 186 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Von diesem Betrag sind für die am 6. Juli 2006 durchgeführte Kapitalerhöhung bereits 87,04 Mio € in Anspruch genommen worden, so dass am Abschlussstichtag noch ein genehmigtes Kapital II von 98,96 Mio € zur Verfügung steht. Der Beschluss der Hauptversammlung sieht vor, dass den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren ist. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre bei ein- oder mehrmaliger Ausnutzung des Genehmigten Kapitals II bis zu einem Kapitalerhöhungsbetrag auszuschließen, der 10 Prozent des zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung und des zum Zeitpunkt der Ausnutzung der Ermächtigung bestehenden Grundkapitals nicht überschreitet, um die neuen Aktien gegen Bareinlagen zu einem Ausgabebetrag auszugeben, der dem Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrages nicht wesentlich unterschreitet. Auf die vorgenannte 10-Prozent-Grenze werden Aktien angerechnet, die aufgrund einer Ermächtigung der Hauptversammlung erworben und gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 Satz 5 AktG i. V. m. § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG während der Laufzeit dieser Ermächtigung veräußert werden. Ferner sind auf diese Begrenzung diejenigen Aktien anzurechnen, die zur Bedienung von Schuldverschreibungen mit Wandlungs- oder Optionsrechten bzw. einer Wandlungspflicht ausgegeben wurden bzw. auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibung während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben wurden.

Ein bedingtes Kapital von 186,88 Mio €, entsprechend 73.000.000 Aktien, ist zur Bedienung von Wandlungsrechten einer Pflichtwandelanleihe der Bayer Capital Corporation B.V., Niederlande, vom 6. April 2006 bestimmt.

Hinsichtlich der Angaben gemäß § 160 Absatz 1 Nr. 8 AktG in Bezug auf Beteiligungen an der Bayer AG, die nach § 21 Absatz 1 Wertpapierhandelsgesetz mitgeteilt worden sind, wird auf die entsprechenden Ausführungen im Lagebericht verwiesen (siehe Seite 8).

#### **(24) Sonderposten mit Rücklageanteil**

Bei dem Sonderposten mit Rücklageanteil von 11 Mio € handelt es sich um das verbleibende Drittel des Unterschiedsbetrags zwischen den Pensionsverpflichtungen, die sich in Anwendung der Richttafeln „Heubeck 1998“ zum 31.12.2005 ergeben hatten, und den niedrigeren Pensionsverpflichtungen, die zum gleichen Stichtag auf Basis der neuen Richttafeln „Heubeck 2005 G“ ermittelt wurden. In Anwendung des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen vom 16. Dezember 2005 wurden im Jahr 2005 zwei Drittel des Unterschiedsbetrags in eine den Gewinn mindernde Rücklage eingestellt, die in den Jahren 2006 und 2007 zu gleichen Teilen gewinnerhöhend aufgelöst wird.

Im Vorjahr war zudem ein Betrag von 90 Mio € aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden enthalten, der nach § 6b EStG eingestellt wurde. Er stammte mit 66 Mio € aus Veräußerungsvorgängen des Jahres 2005 und mit 24 Mio € aus den Jahren vor 2005. Im Jahr 2006 wurde der gesamte Betrag entnommen und auf neu angeschaffte Gebäude übertragen.

### (25) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Pensionsrückstellungen decken die Versorgungsverpflichtungen gegenüber ehemaligen und noch tätigen Mitarbeitern ab.

Sie umfassen auch Ansprüche ehemaliger Mitarbeiter der mittlerweile rechtlich verselbstständigten Arbeitsgebiete und Servicebereiche, soweit die Mitarbeiter vor dem 1. Juli 2002 als Pensionäre oder mit unverfallbaren Anwartschaften ausgeschieden sind. Die hierfür anfallenden Aufwendungen werden der Bayer AG von den betreffenden Gesellschaften erstattet.

Darüber hinaus sind Verpflichtungen aus Frühruhestandsregelungen enthalten.

### (26) Andere Rückstellungen

	31.12.2005	31.12.2006
in Mio €		
Steuerrückstellungen	173	196
Sonstige Rückstellungen	510	235
	<b>683</b>	<b>431</b>

Die sonstigen Rückstellungen bestehen für Verpflichtungen aus Umweltschutzmaßnahmen, Urlaubsansprüchen, Altersteilzeit, Bonuszahlungen, Arbeitnehmerjubiläen, ferner für Kosten der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, für noch zu erwartende Verlustübernahmen von Beteiligungsgesellschaften und sonstige ungewisse Verbindlichkeiten. Darüber hinaus sind drohende Verluste, beispielsweise aus Währungsderivaten, erfasst.

Für Verpflichtungen aus in den USA und Kanada erhobenen zivilrechtlichen Schadenersatzklagen wegen kartellrechtlicher Verstöße in den Bereichen Kautschuk, Polyester-Polyole und Urethane ist per 31.12.2006 ein Betrag von 138 Mio € (Vorjahr: 286 Mio €) zurückgestellt. Weiterhin besteht in diesem Zusammenhang eine Rückstellung über 3 Mio € (Vorjahr: 45 Mio €) für Verpflichtungen aus wettbewerbsrechtlichen Verfahren bei der EU-Kommission.

### (27) Anleihen

	Nominalvolumen	Nominalzins %	Effektivzins %	31.12.2005	31.12.2006
				in Mio €	in Mio €
Anleihe 2002/2007	2.137 Mio EUR	5,375	5,515	2.137	2.137
Anleihe 2002/2012	2.000 Mio EUR	6,000	6,075	2.000	2.000
Anleihe 2006/2013	1.000 Mio EUR	4,500	4,621	-	1.000
Anleihe 2006/2009	1.600 Mio EUR	variabel	variabel	-	1.600
Anleihe 2006/2018	250 Mio GBP	5,625	5,774	-	369
Anleihe 2006/2018 (Aufstockung)	100 Mio GBP	5,625	5,541	-	148
Hybridanleihe 2005/2105	1.300 Mio EUR	5,000*	5,155	1.300	1.300
Anleihe Privatplatzierung 2003/2006	250 Mio EUR	variabel	variabel	250	-
Anleihe Privatplatzierung 2004/2006	50 Mio EUR	variabel	variabel	50	-
Anleihe Privatplatzierung 2004/2008	20 Mio EUR	3,490	3,502	20	20
Anleihe Privatplatzierung 2005/2006	5 Mrd JPY	0,160	0,160	36	-
				<b>5.793</b>	<b>8.574</b>

\* Feste Verzinsung bis 2015, danach variable Verzinsung

Im Juli 2005 wurde eine 100-jährige, nachrangige Hybridanleihe im Volumen von 1,3 MRD € emittiert. Die Anleihe wird im Jahr 2105 fällig und verzinst sich in den ersten 10 Jahren mit einem festen Kupon von 5 Prozent. Danach schließt sich für die weitere Laufzeit eine variable, vierteljährliche Verzinsung an (3-Monats-EURIBOR plus 280 Basispunkte). Die Bayer AG hat nach den ersten zehn Jahren vierteljährlich die Möglichkeit, die Anleihe zum Nominalwert zu kündigen. Die Kuponzahlungen sind jeweils nachträglich fällig. Der Emissionskurs lag bei 98,812 Prozent.

Im Mai 2006 legte die Bayer AG zur teilweisen Finanzierung der Schering-Akquisition drei Anleihen unter dem EMTN-Programm auf: Eine variabel verzinsliche Anleihe mit einer Laufzeit von 3 Jahren im Nominalvolumen von 1.600 MIO € ist mit einer Marge von 0,225 % auf den vierteljährlichen EURIBOR ausgestattet. Die zweite Anleihe über nominal 1.000 MIO € hat eine Laufzeit von 7 Jahren und einen Kupon von 4,5 %. Darüber hinaus wurde eine Anleihe in britischen Pfund (GBP) in einer Höhe von 250 MIO GBP begeben. Von dieser Anleihe wurde nachfolgend eine weitere Tranche in Höhe von 100 MIO GBP emittiert. Die Anleihe hat einen Coupon von 5,625 Prozent, eine Laufzeit bis 2018 und wurde vollständig in Euro gewappt.

## (28) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2005	31.12.2006
in Mio €		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9	25
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Lieferanten	16	10
	25	35

## (29) Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Finanzkredite und Tagesgelder, die von den Tochterunternehmen bei der Bayer AG angelegt wurden.

## (30) Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen gegenüber Dritten und betreffen mit 541 MIO € (Vorjahr: 395 MIO €) Zinsabgrenzungen und mit 76 MIO € (Vorjahr: 51 MIO €) erhaltene Prämien aus Optionsgeschäften. Daneben sind kurzfristige Geldanlagen bei der Bayer AG mit 6 MIO € (Vorjahr: 11 MIO €) und noch abzuführende Lohn- und Kirchensteuer mit 5 MIO € (Vorjahr: 5 MIO €) erfasst.

## (31) Weitere Angaben zu den Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

in Mio €	31.12.2005			31.12.2006		
	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Anleihen	336	2.157	3.300	2.137	1.620	4.817
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5	16	6	1.705	4.013	4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	25	-	-	35	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9.512	11	24	13.821	2.300	58
Sonstige Verbindlichkeiten	445	24	23	567	2	71
	10.323	2.208	3.353	18.265	7.935	4.950

Im Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten sind 543 MIO € (Vorjahr: 397 MIO €) für Verbindlichkeiten enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag rechtlich entstehen. Es handelt sich nahezu ausschließlich um Zinsabgrenzungen.

## Sonstige Erläuterungen

Bayer AG  
Jahresabschluss  
2006

### Anhang

#### (32) Haftungsverhältnisse

Bürgschaftsverpflichtungen bestehen in Höhe von 15 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €).  
Sie betreffen mit 9 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) Verpflichtungen verbundener Unternehmen.

Neben den Bürgschaften hat die Bayer AG für mehrere Konzerngesellschaften Garantien übernommen bzw. Patronatserklärungen abgegeben. Sie belaufen sich auf 4.125 Mio € (Vorjahr: 2.032 Mio €) und setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2005		31.12.2006	
	Nominalbetrag	in Mio. €	Nominalbetrag	in Mio. €
<b>Garantien</b>				
Bayer Capital Corporation B.V., Niederlande Pflichtwandelanleihe	-	-	2.300 Mio EUR	2.300
Bayer (China) Limited, China Bankverbindlichkeit	70 Mio USD	59	70 Mio USD	53
Bayer Polymers (Shanghai) Co., Ltd., China Bankverbindlichkeit	952 Mio CNY	100	1.770 Mio CNY	172
Bayer Corporation Holding, USA 3,750 % EMTN, fällig 2009	460 Mio EUR	460	460 Mio EUR	460
7,125 % Notes, fällig 2015	200 Mio USD	169	200 Mio USD	152
6,650 % Notes, fällig 2028	350 Mio USD	297	350 Mio USD	266
6,200 % Puttable Reset Securities (PURS <sup>SM</sup> , fällig spätestens 2028)	250 Mio USD	212	250 Mio USD	190
Global Commercial Paper Program	205 Mio USD	174	-	-
Sale-and-Lease-Back-Vereinbarung Pass Through Trust	209 Mio USD	177	209 Mio USD	120
Garantien für sonstige Konzerngesellschaften		35		51
<b>Patronatserklärungen</b>		349		361
		2.032		4.125

Nach § 133 Umwandlungsgesetz haftet die Bayer AG gesamtschuldnerisch für die Verpflichtungen der in den Jahren 2002 und 2003 ausgegliederten Arbeitsgebiete und Servicebereiche, soweit diese Verpflichtungen jeweils vor der Ausgliederung begründet wurden. Das gleiche gilt für die Verpflichtungen der zum 1. Juli 2004 abgespaltenen LANXESS AG. Die Haftung besteht für einen Zeitraum von fünf Jahren ab Wirksamwerden der jeweiligen Ausgliederung bzw. Abspaltung. Im Abspaltungs- und Übernahmevertrag wurde geregelt, dass die Bayer AG und die LANXESS AG sich wechselseitig von jeglicher gesetzlich angeordneten Mithaftung für Verbindlichkeiten freistellen, für die sie gemäß Abspaltungs- und Übernahmevertrag Hauptschuldner sind. Bayer AG und LANXESS AG haben in einem Grundlagenvertrag weitere Regelungen zur allgemeinen Haftungsverteilung und Regelungen zur Verteilung der besonderen Haftung für Produkthaftungsverbindlichkeiten, für Umweltlasten und für Kartellverstöße im Verhältnis der Vertragsparteien zueinander getroffen.

#### (33) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Haftungsverhältnissen bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Aus künftigen Leasing- und Mietzahlungen resultiert eine Verpflichtung von insgesamt 133 Mio € (Vorjahr: 237 Mio €). Hiervon entfallen 79 Mio € (Vorjahr: 174 Mio €) auf Leasing- und Mietverträge mit verbundenen Unternehmen. Diese betreffen im Berichtsjahr ausschließlich die Bayer Industry Services GmbH & Co. OHG. Im Vorjahr waren zusätzlich Verpflichtungen gegenüber den beiden Objektgesellschaften KG III Augusta und Gigas enthalten, über die in der Vergangenheit das Landwirtschaftszentrum in Monheim finanziert war. Zum Jahresende 2006 wurden die Leasingverträge mit diesen beiden Gesellschaften vorzeitig beendet. Vom Gesamtbetrag der Leasing- und Mietverpflichtungen sind fällig:

in Mio €	
2007	20
2008	17
2009	16
2010	16
2011	15
nach 2011	49
	<b>133</b>

### (34) Derivative Finanzinstrumente

Die Bayer AG ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Währungs-, Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Deren Absicherung erfolgt im Wesentlichen durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente. Es handelt sich meist um außerhalb der Börse gehandelte (so genannte OTC-) Instrumente. Dazu gehören insbesondere Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäfte, Zinsoptionen, Zinsswaps, kombinierte Zins-/Währungsswaps und Aktienoptionen. Ihr Einsatz erfolgt nach einheitlichen Richtlinien, unterliegt strengen internen Kontrollen und bleibt in der Regel auf die Absicherung des operativen Geschäfts sowie der damit verbundenen Geldanlagen und Finanzierungsvorgänge beschränkt. Der Einsatz von Zinsoptionen und Zinsswaps erfolgt darüber hinaus zur Erreichung festgelegter Benchmarks bei den Zinskonditionen. Im Commodity-Bereich schließt die Bayer AG derivative Geschäfte mit externen Vertragspartnern ab, um im Auftrag von Konzerngesellschaften Marktpreise von Rohstoffen und Energien abzusichern.

Ziel des Einsatzes von derivativen Finanzinstrumenten ist, vornehmlich bei Zahlungsmittelflüssen und Ergebnis die Fluktuationen zu reduzieren, soweit diese auf Veränderungen von Zinssätzen, Wechselkursen, Aktienkursen und Marktpreisen zurückgehen.

Ein Preisänderungsrisiko derivativer Finanzinstrumente besteht aufgrund der Schwankungsmöglichkeit der zugrundeliegenden Basisgrößen, wie Währungen, Zinssätze und Aktienkurse. Soweit Derivate zu Sicherungszwecken eingesetzt sind, wird die Möglichkeit von Wertverlusten aufgrund sinkender Preise durch gegenläufige Effekte aus den gesicherten Grundgeschäften kompensiert.

Für Derivate mit positivem Marktwert besteht ein Bonitäts- oder Ausfallrisiko für den Fall, dass die jeweiligen Vertragspartner ihren Erfüllungsverpflichtungen nicht nachkommen können. Zur Minimierung dieses Risikos werden Geschäfte nur mit bonitätsmäßig einwandfreien Banken abgeschlossen. Zudem sind die Geschäfte mit den einzelnen Vertragspartnern jeweils auf ein Limit begrenzt.

Das Nominalvolumen der mit externen Vertragspartnern abgeschlossenen Derivate belief sich zum 31.12.2006 auf 21,3 MRD € (Vorjahr: 16,0 MRD €). Mit Konzerngesellschaften wurden gegenläufige Derivate von nominal 3,4 MRD € (Vorjahr: 3,8 MRD €) abgeschlossen. Insgesamt bestanden damit derivative Geschäfte im Nominalvolumen von 24,7 MRD € (Vorjahr: 19,8 MRD €), die sich wie folgt zusammensetzen:

in Mio €	Nominalwerte		Marktwerte		Buchwerte	
	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006
<b>Devisenkontrakte</b>						
positive Marktwerte	3.375	5.733	77	98		
negative Marktwerte	3.498	6.353	-142	-81		
	6.873	12.086	-65	17	-67	-4
<b>Zins-/Währungsswaps</b>						
positive Marktwerte	614	453	58	10		
negative Marktwerte	593	676	-56	-12		
	1.207	1.129	2	-2	0	0
<b>Zinsswaps</b>						
positive Marktwerte	6.215	4.850	172	105		
negative Marktwerte	3.742	5.034	-56	-143		
	9.957	9.884	116	-38	0	0
<b>Zinsoptionen</b>						
positive Marktwerte	500	500	2	4		
negative Marktwerte	500	500	-1	-1		
	1.000	1.000	1	3	1	2
<b>Aktioptionen</b>						
positive Marktwerte	88	79	30	26		
negative Marktwerte	-	5	-	-1		
	88	84	30	25	16	12
<b>Warenkontrakte</b>						
positive Marktwerte	314	251	452	340		
negative Marktwerte	314	251	-452	-340		
	628	502	0	0	0	0
	<b>19.753</b>	<b>24.685</b>	<b>84</b>	<b>5</b>	<b>-50</b>	<b>10</b>

Im Rahmen der Währungssicherung setzt die Bayer AG Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäfte sowie Zins-/Währungsswaps ein.

Einen Schwerpunkt der Sicherungsmaßnahmen stellt das bilanzielle Exposure dar. Zur Abdeckung der Währungsrisiken aus den im laufenden Geschäft entstandenen Forderungen und Verbindlichkeiten der Konzernunternehmen wurden Kontrakte mit externen Vertragspartnern im Nominalvolumen von 8,0 MRD € (Vorjahr: 3,6 MRD €) abgeschlossen. Kongruente Gegengeschäfte mit Konzerngesellschaften machen 1,9 MRD € (Vorjahr: 2,3 MRD €) aus. Auf saldierter Basis haben diese Geschäfte einen positiven Marktwert von 16 MIO € (Vorjahr: negativer Marktwert von -62 MIO €).

Zur Absicherung geplanter Geschäfte in Fremdwährung bestehen externe Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäfte im Nominalwert von 1,3 MRD € (Vorjahr: 1,0 MRD €). Ihnen stehen in gleicher Höhe gegenläufige Geschäfte mit Unternehmen des Konzerns gegenüber. Die positiven und negativen Marktwerte gleichen sich aus.

Zins-/Währungsswaps im Nominalwert von 0,5 MRD € wurden zur Absicherung der Zins- und Währungsrisiken aus den im Jahr 2006 begebenen GBP-Anleihen eingesetzt. Ihr negativer Marktwert beträgt saldiert -2 MIO €.

Sonstige Devisentermingeschäfte im Nominalvolumen von 0,2 MRD € (Vorjahr: 0,1 MRD €) haben auf saldierter Basis einen positiven Marktwert von 1 MIO € (Vorjahr: negativer Marktwert von -1 MIO €).

Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Absicherung von Zinsrisiken aus den von der Bayer AG begebenen Euro-Anleihen abgeschlossen. Hierauf entfällt ein Nominalvolumen von 5,6 MRD € (Vorjahr: 5,3 MRD €) und ein negativer Marktwert von netto -118 MIO € (Vorjahr: positiver Marktwert von 3 MIO €).

Weitere Zinsswaps von nominal 4,3 MRD € (Vorjahr: 4,2 MRD €) wurden zwischenzeitlich durch den Abschluss von Gegengeschäften wirtschaftlich geschlossen. Sie haben einen saldierten positiven Marktwert von 80 MIO € (Vorjahr: 113 MIO €).

Zinsswaps im Nominalwert von 0,4 MRD €, die im Vorjahr zur Zinssteuerung und Erreichung der im Zinsbereich gesetzten Benchmarks abgeschlossen waren, bestehen zum 31.12.2006 nicht mehr.

Zur Zinssteuerung wurden auch Zinsoptionen in Form von CAPs abgeschlossen. Dabei wurden gezahlte Zinsoptionsprämien aktiviert und erhaltene Zinsoptionen passiviert. Ihr Nominalvolumen beträgt wie im Vorjahr 1 MRD €. Auf saldierter Basis haben sie einen positiven Marktwert von 3 MIO € (Vorjahr: 1 MIO €).

Die Bayer AG und andere Gesellschaften des Konzerns haben für ihre Mitarbeiter verschiedene jeweils über mehrere Jahre laufende Aktienprogramme aufgelegt. Während der Laufzeit der Programme erhalten die Mitarbeiter bei Erfüllung bestimmter Bedingungen Gratisaktien der Bayer AG oder deren Gegenwert in bar. Eine der Bedingungen ist, dass die Mitarbeiter ein Eigeninvestment in Bayer-Aktien erbringen und dieses während der Laufzeit des Programms beibehalten. Mit dem Verkauf der Eigeninvestment-Aktien geht der Anspruch auf Gratisaktien verloren. Zur Absicherung des Risikos von Kursschwankungen für die auszugebenden Gratisaktien bzw. ihren Gegenwert hat die Bayer AG Kaufoptionen auf Aktien erworben. Bei abweichender tatsächlicher Entwicklung gegenüber den ursprünglich angenommenen Haltedauern in Bezug auf das Eigeninvestment erfolgten Glattstellungen durch entsprechende Kauf- bzw. Verkaufsoptionen. Ihr Marktwert beläuft sich zum 31.12.2006 auf netto 25 MIO € (Vorjahr: 30 MIO €).

Die externen Warentermin- und Warenaptionskontrakte wurden spiegelbildlich an andere Konzerngesellschaften weitergegeben. Die Ergebnisse der bis zum Jahresende abgeschlossenen Geschäfte glichen sich aus. Zur Bewertung der noch offenen Geschäfte wurden jeweils geschlossene Positionen gebildet, so dass auch insoweit per saldo kein Ergebnis entstand.

Die Marktwerte der Derivate wurden jeweils aus den Beträgen abgeleitet, zu denen sie gehandelt oder notiert werden. Im Falle fehlender Marktnotierungen erfolgte die Wertermittlung durch Einsatz anerkannter finanzmathematischer Berechnungsmethoden.

Die Bilanzierung der Währungsderivate, also der Devisentermin- und -optionsgeschäfte sowie der Zins-/Währungsswaps, erfolgte nach der Methode der eingeschränkten Marktbewertung. Hierzu wurden Währungsderivate, die der Absicherung des bilanziellen Exposures dienen, mit Marktterminkursen und die zu Grunde liegenden Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten mit Stichtagskassakursen bewertet. Anschließend wurden die aus der Bewertung resultierenden Gewinne und Verluste je Währung miteinander verrechnet. Für nach Verrechnung verbleibende Verluste wurden Drohverlustrückstellungen von insgesamt 4 MIO € (Vorjahr: 67 MIO €) angesetzt, die in der Bilanz unter den sonstigen Rückstellungen erfasst sind. Ein Gewinnüberhang blieb unberücksichtigt.

Bei der Bewertung von Zinsswaps wurden, soweit möglich, Bewertungseinheiten mit entsprechenden Gegengeschäften gebildet, so dass insoweit kein bilanziell zu berücksichtigendes Bewertungsergebnis entstand.

Die zur Absicherung der Anleihen bestimmten Zins- und Zins-/Währungsswaps stehen in einer Hedging-Beziehung zu den bilanzierten Anleihen. Sie werden im handelsrechtlichen Jahresabschluss nicht angesetzt.

Aktivierte Zinsoptionen wurden nach dem Niederstwertprinzip, passivierte Zinsoptionen nach dem Höchstwertprinzip bewertet. Zum 31.12.2006 wurden aktivierte Zinsoptionen in Höhe von 3 Mio € (Vorjahr: 2 Mio €) bilanziert. Passivierte Zinsoptionen wurden in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) angesetzt. Diese sind in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. unter den sonstigen Verbindlichkeiten erfasst.

Der Ausweis von Kauf- und Verkaufsoptionen auf Aktien erfolgte gleichfalls unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Verbindlichkeiten, ihre Bewertung nach dem Niederst- bzw. Höchstwertprinzip. Zum 31.12.2006 wurden die Aktienoptionen auf saldierter Basis mit 12 Mio € (Vorjahr: 16 Mio €) angesetzt.

### (35) Honorar des Abschlussprüfers

Für die erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers, PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, sind folgende Honorare als Aufwand erfasst:

	2005	2006
in Mio €		
Abschlussprüfung	2,2	8,6
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	2,9	2,3
Sonstige Leistungen	0,8	0,1
	<b>5,9</b>	<b>11,0</b>

Die Honorare für die Abschlussprüfung umfassen vor allem die Honorare für die Prüfung des Jahresabschlusses der Bayer AG und des Konzerns. Honorare für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen beziehen sich in erster Linie auf Prüfungen des internen Kontrollsystems einschließlich projektbegleitender Prüfungen im Zusammenhang mit der Einführung neuer EDV-Systeme sowie die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen.

### (36) Gesamtbezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie gewährte Vorschüsse und Kredite

Die direkt geleistete Vergütung der im Jahr 2006 tätigen Vorstandsmitglieder betrug 8.143.822 € (Vorjahr: 7.064.828 €). Sie setzt sich wie folgt zusammen:

	2005	2006
in €		
Feste Jahresvergütung	1.985.580	2.260.400
Feste Konzernzulage	837.073	1.096.556
Variable Tantieme	4.085.754	4.644.475
Sachbezüge / Sonstige Leistungen	156.421	142.391
<b>Summe direkt geleisteter Vergütung</b>	<b>7.064.828</b>	<b>8.143.822</b>

Zusätzlich nehmen die Mitglieder des Vorstands an aktienorientierten Vergütungsprogrammen teil. Die im Jahr 2006 erdienten Ansprüche – sowohl aus dem im Jahr 2006 neu gewährten Programm als auch aus den noch laufenden Vorjahresprogrammen, die

in Teilen noch nicht erdient sind – sind in der nachstehenden Übersicht als separate Vergütungskomponente ausgewiesen. Die Wertänderungen von bisher bestehenden Ansprüchen aus den langfristigen Aktienprogrammen, die vor 2006 erworben wurden, werden gesondert gezeigt.

	2005	2006
in €		
Im laufenden Jahr erdiente aktienorientierte Vergütung	1.351.248	2.494.431
Wertänderung bisheriger Ansprüche aus aktienorientierter Vergütung	466.730	904.689

Zum Zeitpunkt der Gewährung stellte sich der beizulegende Zeitwert der im Jahr 2006 neu gewährten aktienorientierten Entlohnung wie folgt dar. In Höhe seines in 2006 bereits erdienten Anteils ist er in der oben angegebenen „im laufenden Jahr erdienten aktienorientierten Vergütung“ enthalten.

	2005	2006
in €		
Beizulegender Zeitwert der neu gewährten aktienorientierten Vergütung zum Zeitpunkt der Gewährung	666.592	753.524

Aufwendungen für Pensionszusagen sind für die während des Jahres 2006 tätigen Vorstandsmitglieder in Höhe von 1.983.587 € (Vorjahr: 3.895.656 €) angefallen. Die Pensionsrückstellungen für die am Jahresende tätigen Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 22.974.049 € (Vorjahr: 25.091.901 €).

Die Bezüge der früheren Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen betragen 10.924.768 € (Vorjahr: 10.323.009 €). Die Pensionsrückstellungen für diese Personengruppe sind im Jahresabschluss der Bayer AG mit 97.243.586 € (Vorjahr: 91.129.996 €) passiviert.

Die Bezüge des Aufsichtsrats betragen 2.337.041 € (Vorjahr: 1.989.000 €). Hiervon entfielen auf variable Vergütungsbestandteile 779.014 € (Vorjahr: 459.000 €).

Zum 31. Dezember 2006 bestanden keine Kredite an Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats. Im Geschäftsjahr erfolgten keine Darlehensablösungen.

Einzelheiten zu den Vergütungen des Vorstands und des Aufsichtsrats enthält der im Lagebericht dargestellte Vergütungsbericht der Bayer AG.

## Vorschlag zur Gewinnverwendung

Der im Jahr 2006 erzielte Jahresüberschuss der Bayer AG beläuft sich auf 1.250 Mio €. Nach Einstellung eines Betrags von 486 Mio € in andere Gewinnrücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 764 Mio €. Zur Verwendung dieses Bilanzgewinns schlagen wir vor, eine Dividende von 1,00 € je Stückaktie (764.341.920 Stück) auf das für 2006 dividendenberechtigte Grundkapital von 1.957 Mio € zu zahlen.

Leverkusen, den 27. Februar 2007  
Bayer Aktiengesellschaft

Der Vorstand

# Bericht des Aufsichtsrats

der Aufsichtsrat hat die Arbeit des Vorstands im Geschäftsjahr 2006 regelmäßig überwacht und beratend begleitet. Grundlage hierfür waren die ausführlichen, in schriftlicher und mündlicher Form erstatteten Berichte des Vorstands. Außerdem stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem regelmäßigen Informationsaustausch mit dem Vorsitzenden des Vorstands. So war der Aufsichtsrat stets informiert über die beabsichtigte Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung einschließlich Finanz-, Investitions- und Personalplanung, die Rentabilität der Gesellschaft und den Gang der Geschäfte sowie die Lage der Gesellschaft und des Konzerns insgesamt.

Wenn für Entscheidungen oder Maßnahmen der Geschäftsführung aufgrund Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung eine Zustimmung erforderlich war, haben die Mitglieder des Aufsichtsrats – u. a. vorbereitet durch die Ausschüsse – die Beschlussvorlagen in den Sitzungen oder aufgrund von schriftlichen Informationen geprüft und verabschiedet. An den Sitzungen haben die Mitglieder des Vorstands regelmäßig teilgenommen. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat eingebunden. Die in den Berichten des Vorstands geschilderte wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsperspektiven des Konzerns, der einzelnen Bereiche und der wichtigen Beteiligungsgesellschaften im In- und Ausland waren Gegenstand sorgfältiger Erörterung. Der Aufsichtsrat trat im Jahr 2006 zu sechs Sitzungen zusammen; zusätzlich wurden mehrere Beschlüsse im schriftlichen Verfahren herbeigeführt, die einzelne Erwerbs- und Veräußerungsvorhaben betrafen. Kein Mitglied des Aufsichtsrats hat an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

## **Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat**

Ein deutlicher Schwerpunkt der Tätigkeit des Aufsichtsrats im Berichtsjahr war der Erwerb der Schering AG (jetzt Bayer Schering Pharma AG). In einer außerordentlichen Sitzung am 23. März 2006 hat sich der Aufsichtsrat mit dem Akquisitionsprojekt befasst und der Abgabe eines Übernahmeangebots zugestimmt.

Ebenfalls behandelt und beschlossen wurden Maßnahmen zur Finanzierung des Projekts über die Aufnahme von Fremd- und Eigenkapital sowie über die Veräußerung von Beteiligungen. Dies beinhaltete u. a. die Abschlüsse eines Überbrückungskreditvertrags und eines Konsortialkreditvertrags über jeweils sieben Milliarden Euro sowie Eigenkapitalmaßnahmen von bis zu vier Milliarden Euro.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Ausschuss gebildet, dem im gesetzlich zulässigen Umfang Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrats im Zusammenhang mit dem

Erwerbsvorhaben Schering AG und bestimmten Maßnahmen seiner Finanzierung übertragen wurden, um auf neue Entwicklungen schnell reagieren zu können. Als Mitglieder wurden die Herren Schneider, Schmoldt, Schulz und de Win gewählt.

In den Sitzungen des Aufsichtsrats hat der Vorstand intensiv über die Schritte zur Integration der Bayer Schering Pharma AG berichtet. Dies betrifft auch den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags sowie die Maßnahmen zur Übertragung von Aktien außenstehender Aktionäre auf den Hauptaktionär (Squeeze-out).

In einer außerordentlichen Sitzung am 29. Juni 2006 hat der Aufsichtsrat beschlossen, der Veräußerung des weltweiten Diagnostika-Geschäfts an Siemens zuzustimmen. Über andere Vorhaben zur Weiterentwicklung des Geschäftsportfolios wie die Veräußerung der Beteiligungsgesellschaften Wolff Walsrode, H.C. Starck, der Beteiligung an der GE Bayer Silicones und den Erwerb des Consumer-Care-Geschäfts der Firma Topsun hat der Vorstand gemäß dem Fortgang der Verfahren berichtet, der Aufsichtsrat hat ihnen zugestimmt.

In der Sitzung im Dezember 2006 hat der Vorstand seine operative Planung sowie die Finanz- und Bilanzplanung für die Jahre 2007 bis 2009 vorgestellt, die Gegenstand intensiver Beratungen waren.

#### **Arbeit der Ausschüsse**

Das Präsidium des Aufsichtsrats hat in vier Telefonkonferenzen vom Plenum übertragene Befugnisse wahrgenommen und Beschluss gefasst. Dies betraf die Emission einer Schuldverschreibung unter dem bestehenden EMTN-Programm im Mai 2006 und die Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital im Juli 2006. In seiner Eigenschaft als Vermittlungsausschuss nach § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz musste das Präsidium nicht zusammentreten.

Der Prüfungsausschuss hat im Berichtsjahr in vier Sitzungen getagt. Er hat sich insbesondere mit der Rechnungslegung der Gesellschaft und des Konzerns befasst, einschließlich der US-Fassung des Geschäftsberichts in der Form 20-F. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit war die Behandlung des Risikomanagements im Konzern. Der Prüfungsausschuss hat sich vom Leiter der Konzernrevision und vom Group Compliance Officer über ihre Tätigkeit mündlich berichten lassen und die Berichte erörtert. Weiterhin hat der Prüfungsausschuss das Budget für Leistungen des Abschlussprüfers festgelegt und mit dem Abschlussprüfer Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2006 erörtert. Behandelt wurden auch Maßnahmen zur Umsetzung von Anforderungen nach dem Sarbanes-Oxley Act, insbesondere im Zusammenhang mit der Abgabe einer auditierten Erklärung über im Konzern eingeführte „Internal Controls over Financial Reporting“ nach Artikel 404 Sarbanes-Oxley Act. Der Abschlussprüfer nahm an allen Sitzungen des Prüfungsausschusses teil und berichtete ausführlich über die Prüfungstätigkeit und die prüferische Durchsicht der Quartalsabschlüsse.

Der Personalausschuss ist zu zwei Sitzungen zusammengetreten. Behandelt wurden Fragen der Vorstandsvergütung und die Verlängerung der Vorstandsverträge der Herren Wenning, Kühn und Pott.

Der im Zusammenhang mit dem Erwerbsvorhaben Schering AG gebildete Ausschuss ist zu fünf Telefonkonferenzen zusammengetreten und hat Beschluss gefasst. Behandelt wurden die Konditionen zum Erwerb von Aktien, zur Festlegung von Abfindungsangeboten an die Aktionäre sowie die mit dem Projekt verknüpfte Finanzierungsmaßnahme der Ausgabe einer Pflichtwandelanleihe im April 2006.

Die Sitzungen und Entscheidungen der Ausschüsse wurden durch Berichte und andere Informationen des Vorstands vorbereitet; Mitglieder des Vorstands haben an den Ausschusssitzungen regelmäßig teilgenommen. Aus den Sitzungen der Ausschüsse ist im Plenum berichtet worden.

### **Corporate Governance**

Der Aufsichtsrat hat sich mit der Weiterentwicklung der Corporate-Governance-Grundsätze im Unternehmen beschäftigt und dabei die Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vom Juni 2006 berücksichtigt. Im Dezember ist seitens des Vorstands und des Aufsichtsrats eine neue Entsprechenserklärung abgegeben worden, die im Kapitel „Corporate-Governance-Bericht“ auf der Seite 19 des Geschäftsberichts des Bayer-Konzerns abgedruckt ist.

Der Aufsichtsrat hat in der Sitzung im Dezember 2006 die Effizienz der eigenen Arbeit geprüft und positiv bewertet.

### **Jahres- und Konzernabschluss, Abschlussprüfung**

Der Jahresabschluss der Bayer AG und der Lagebericht wurden nach den Regeln des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt, der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards (IFRS).

Der Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Essen, hat den Jahresabschluss der Bayer AG, den Konzernabschluss, den Lagebericht und den Konzernlagebericht geprüft. In seinem Prüfungsbericht erläutert der Abschlussprüfer die Prüfungsgrundsätze. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass Bayer die Regeln des HGB bzw. die International Financial Reporting Standards eingehalten hat. Der Jahres- und Konzernabschluss haben den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erhalten. Jahresabschluss und Lagebericht, Konzernabschluss und Konzernlagebericht sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen. Die Abschlussunterlagen wurden im Prüfungsausschuss und in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats – in beiden Gremien in Gegenwart und nach einem Bericht des Abschlussprüfers – ausführlich besprochen.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht haben wir geprüft. Es bestanden keine Einwände. Wir stimmen daher dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Konzernabschluss billigen wir.

Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Mit den Lageberichten und insbesondere der Beurteilung zur weiteren Entwicklung des Unternehmens sind wir einverstanden. Dies gilt auch für die Dividendenpolitik und die Entscheidungen zu den Rücklagen in der Gesellschaft. Dem Gewinnverwendungsvorschlag, der eine Dividende von 1,00 Euro pro Aktie vorsieht, schließen wir uns an.

**Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB**

Der Aufsichtsrat hat sich in seiner Sitzung am 12. März 2007 mit den Angaben und dem Bericht zu den Angaben im Lagebericht gemäß § 289 Abs. 4 HGB auseinandergesetzt. Auf die entsprechenden Erläuterungen im Lagebericht (siehe Seite 8) wird Bezug genommen, die der Aufsichtsrat geprüft hat und sich zu eigen macht.

Der Aufsichtsrat dankt der Unternehmensleitung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierten Leistungen im Geschäftsjahr 2006.

Leverkusen, im März 2007  
Für den Aufsichtsrat



Dr. Manfred Schneider  
Vorsitzender

# Organe der Gesellschaft

## Aufsichtsrat

### Hermann Josef Strenger

Ehrenvorsitzender, Leverkusen

Mitglieder des Aufsichtsrats bekleiden die nachstehend genannten Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und vergleichbaren Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen (Stand: 31.12.2006; bei Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat während eines Geschäftsjahres beziehen sich die Angaben auf das Datum des Ausscheidens):

### Dr. Manfred Schneider

Vorsitzender des Aufsichtsrats, Leverkusen

\* 21.12.1938

Allianz SE (bis 31.10.2006)

DaimlerChrysler AG

Linde AG (Vorsitz)

Metro AG

RWE AG

TUI AG

### Thomas de Win

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 2.3.2006);

Gesamtbetriebsratsvorsitzender Bayer, Leverkusen

\* 21.11.1958

Bayer MaterialScience AG

### Dr. Paul Achleitner

Mitglied des Vorstands der Allianz SE, München

\* 28.9.1956

Allianz Deutschland AG

Allianz Elementar Lebensversicherungs-AG (Vorsitz)

Allianz Elementar Versicherungs-AG (Vorsitz)

Allianz Global Investors AG

Allianz Lebensversicherungs-AG

RWE AG

### Dr. Josef Ackermann

Vorsitzender des Vorstands der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

\* 7.2.1948

Deutsche Lufthansa AG (bis 30.6.2006)

Linde AG (bis 30.6.2006)

Siemens AG

### Andreas Becker

(bis 1.2.2007)

Betriebsratsvorsitzender H.C. Starck, Laufenburg

\* 1.3.1959

H.C. Starck GmbH (bis 30.6.2006)

### Willy Beumann

(seit 20.2.2007)

Betriebsratsvorsitzender des Standorts Wuppertal der Bayer AG

\* 12.4.1956

Bayer HealthCare AG

### Karl-Josef Ellrich

Betriebsratsvorsitzender des Werks

Dormagen der Bayer AG;

Konzernbetriebsratsvorsitzender Bayer, Leverkusen (seit 10.2.2006)

\* 5.10.1949

Bayer CropScience AG

### Dr. Thomas Fischer

Diplom-Ingenieur, Dormagen

\* 27.8.1955

Bayer MaterialScience AG

### Erhard Gipperich

(bis 31.1.2006)

Ehem. Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats;

Ehem. Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzender der Bayer AG, Leverkusen

\* 30.4.1942

### Peter Hausmann

(seit 28.4.2006)

Landesbezirksleiter Nordrhein der IG Bergbau, Chemie, Energie, Düsseldorf

\* 13.2.1954

Procter & Gamble Manufacturing GmbH

**Thomas Hellmuth**

Agrartechniker, Langenfeld

\* 29.5.1956

**Prof. Dr.-Ing. e. h. Hans-Olaf Henkel**

Honorarprofessor der Universität

Mannheim, Berlin

\* 14.3.1940

Brambles Industries Ltd.

Continental AG

DaimlerChrysler Aerospace AG

EPG AG (seit 22.5.2006)

Orange SA

Ringier AG

SMS GmbH

**Reiner Hoffmann**

(seit 11.10.2006)

Stellv. Generalsekretär des Europäischen

Gewerkschaftsbundes (EGB), Brüssel

\* 30.5.1955

SASOL Germany GmbH

**Gregor Jüsten**

(seit 1.2.2006)

Chemikant, Betriebsrat Bayer,

Werk Leverkusen

\* 13.12.1948

**Dr. rer. pol. Klaus Kleinfeld**

Vorsitzender des Vorstands

der Siemens AG, München

\* 6.11.1957

Alcoa Inc.

Citigroup Inc.

**Dr. h. c. Martin Kohlhaussen**

Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Commerzbank AG,

Frankfurt am Main

\* 6.11.1935

Hochtief AG (Vorsitz)

Schering AG (bis 13.9.2006)

ThyssenKrupp AG

**John Christian Kornblum**

Chairman Bankhaus Lazard &amp; Co. GmbH,

Berlin

\* 6.2.1943

Motorola Inc.

ThyssenKrupp Technologies AG

(bis 30.11.2006)

**Petra Kronen**

Betriebsratsvorsitzende des Werks

Uerdingen der Bayer AG

\* 22.8.1964

Bayer MaterialScience AG

**Hubertus Schmoltdt**

Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie,

Energie, Hannover

\* 14.1.1945

Deutsche BP AG

DOW Olefinverbund GmbH

E.ON AG

RAG AG

RAG Coal International

**Dieter Schulte**

(bis 18.9.2006)

Ehem. Vorsitzender des Deutschen

Gewerkschaftsbundes (DGB), Duisburg

\* 13.1.1940

**Dr.-Ing. Ekkehard D. Schulz**

Vorsitzender des Vorstands der Thyssen-

Krupp AG, Düsseldorf

\* 24.7.1941

AXA Konzern AG

Commerzbank AG (bis 31.3.2006)

Deutsche Bahn AG (bis 30.6.2006)

MAN AG (Vorsitz)

RAG AG (stellv. Vorsitz)

RAG Beteiligungs-AG (stellv. Vorsitz

seit 14.9.2006)

RWE AG (seit 13.4.2006)

ThyssenKrupp Elevator AG (Vorsitz)

ThyssenKrupp Services AG (Vorsitz)

ThyssenKrupp Technologies AG

(Vorsitz seit 1.10.2006)

**Ständige Ausschüsse des Aufsichtsrats der Bayer AG zum 31.12.2006**

<b>Präsidium/Vermittlungsausschuss</b>	Schneider (Vorsitz), Achleitner, Schmoltdt, de Win
<b>Prüfungsausschuss</b>	Kohlhaussen (Vorsitz), Fischer, Hausmann, Henkel, Schneider, de Win
<b>Personalausschuss</b>	Schneider (Vorsitz), Ellrich, Kohlhaussen, Kronen

**Dipl.-Ing. Dr.-Ing. e. h. Jürgen Weber**

Vorsitzender des Aufsichtsrats Deutsche  
Lufthansa AG, Frankfurt am Main

\* 17.10.1941

Allianz Lebensversicherungs-AG

Deutsche Bank AG

Deutsche Post AG (Vorsitz)

LP Holding GmbH (Vorsitz)

Tetra Laval Group

Voith AG

Willi Bogner GmbH & Co. KGaA

(seit 31.5.2006)

**Siegfried Wendlandt**

(bis 28.4.2006)

Ehem. Landesbezirksleiter Nordrhein  
der IG Bergbau, Chemie, Energie,  
Düsseldorf

\* 27.7.1947

**Prof. Dr. Dr. h. c. Ernst-Ludwig Winnacker**

Ehem. Präsident der Deutschen For-  
schungsgemeinschaft (DFG), Bonn;  
Generalsekretär des Europäischen  
Forschungsrats, Brüssel

\* 26.7.1941

KWS Saat AG

Medigene AG (Vorsitz)

Wacker Chemie AG

**Vorstand**

Mitglieder des Vorstands bekleiden die  
nachstehend genannten Mandate in  
gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und  
vergleichbaren Kontrollgremien von Wirt-  
schaftsunternehmen (Stand: 31.12.2006):

**Werner Wenning**

Vorstandsvorsitzender

\* 21.10.1946

Bayer Schering Pharma AG

(Vorsitz, seit 14.9.2006)

Henkel KGaA

**Klaus Kühn**

\* 11.2.1952

Bayer Business Services GmbH (Vorsitz)

Bayer CropScience AG (Vorsitz)

Bayer Schering Pharma AG

(seit 14.9.2006)

**Dr. Wolfgang Plischke**

(seit 1.3.2006)

\* 15.9.1951

Bayer MaterialScience AG (Vorsitz,

seit 1.5.2006)

Bayer Technology Services GmbH (Vorsitz,

seit 1.5.2006)

**Dr. Udo Oels**

(bis 28.4.2006)

\* 2.1.1944

**Dr. Richard Pott**

Arbeitsdirektor

\* 11.5.1953

Bayer HealthCare AG (Vorsitz)

Bayer Industry Services Geschäfts-  
führungs-GmbH (Vorsitz, seit 1.5.2006)

Bayer MaterialScience AG (Vorsitz,

bis 30.4.2006)

## Herausgeber

Bayer AG, 51368 Leverkusen, Bundesrepublik Deutschland

## Redaktion

Ute Bode, Tel. +49/214/30-58992

E-Mail: ute.bode.ub@bayer-ag.de

## Investor Relations

Peter Dahlhoff, Tel. +49/214/30-33022

E-Mail: peter.dahlhoff@bayer-ag.de

## Veröffentlichungstag

Donnerstag, 15. März 2007

## Bayer im Internet

www.bayer.de

ISSN 0343/1975

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Bayer AG für das Geschäftsjahr 2006 werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht und beim Handelsregister des Amtsgerichts Köln hinterlegt.

### Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Jahresabschluss enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen. Diese Angaben werden durch Wörter wie „glaubt“, „geht davon aus“ oder „erwartet“ bzw. durch ähnliche Formulierungen gekennzeichnet. Verschiedene bekannte wie auch unbekannte Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren könnten dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanz- und Vermögenslage, die Entwicklung oder die Performance unserer Gesellschaft wesentlich von denjenigen abweichen, die in diesen in die Zukunft gerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden. Zu diesen Faktoren gehören u. a.:

- Konjunkturrückgänge in den Branchen, in denen wir unsere Geschäftstätigkeiten betreiben;
- neue bzw. geänderte Vorschriften, die unsere Betriebskosten erhöhen oder anderweitig unsere Profitabilität verringern;
- Steigerung unserer Rohstoffkosten, insbesondere, wenn wir diese Kosten nicht an unsere Kunden weiterleiten können;
- Ablauf oder Reduzierung des Patentschutzes für unsere Produkte;
- Haftung, vor allem im Zusammenhang mit Umweltgesetzen und aus Produkthaftungsansprüchen;
- Wechselkursschwankungen sowie Änderungen der allgemeinen Wirtschaftslage;
- sonstige in diesem Jahresabschluss genannte Faktoren.

Diese Faktoren schließen diejenigen ein, die wir in Berichten an die Frankfurter Wertpapierbörse sowie die amerikanische Wertpapieraufsichtsbehörde (inkl. Form 20-F) beschrieben haben. Vor dem Hintergrund dieser Ungewissheiten raten wir dem Leser davon ab, sich zu sehr auf derartige in die Zukunft gerichtete Aussagen zu verlassen. Wir übernehmen keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben oder an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

### Wichtige Informationen der Bayer AG:

Diese Bekanntmachung stellt weder ein Angebot zum Kauf noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Verkauf von Aktien oder American Depositary Shares der Bayer Schering Pharma AG (vormals Schering AG) dar. Bayer Schering GmbH (vormals Dritte BV GmbH) hat am 30. November 2006, dem Zeitpunkt des Beginns des pflichtweisen Erwerbsangebots gegen Barabfindung, ein sogenanntes Tender Offer Statement im Hinblick auf das pflichtweise Erwerbsangebot gegen Barabfindung bei der US-amerikanischen Wertpapieraufsicht (SEC) eingereicht. Zugleich hat Bayer Schering Pharma AG (vormals Schering AG) ein sogenanntes Solicitation/Recommendation Statement im Hinblick auf das pflichtweise Erwerbsangebot gegen Barabfindung bei der SEC eingereicht. Investoren und Inhabern von Aktien und American Depositary Shares der Bayer Schering Pharma AG (vormals Schering AG) wird dringend empfohlen, das Tender Offer Statement, sowie alle sonstigen Dokumente die bei der SEC hinsichtlich des pflichtweisen Erwerbsangebots gegen Barabfindung eingereicht worden sind und in Zukunft eingereicht werden, zu lesen, da sie wichtige Informationen enthalten. Investoren und Inhaber von Aktien und Depositary Shares der Bayer Schering Pharma AG (vormals Schering AG) können diese Dokumente kostenlos auf der Website der SEC (<http://www.sec.gov>) oder auf der Website <http://www.bayer.de> einsehen.

Diese Dokumente und Informationen enthalten in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung des Bayer-Konzerns beruhen. Verschiedene bekannte wie auch unbekannte Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance des Bayer-Konzerns und/oder der Bayer Schering Pharma AG (vormals Schering AG) und die Entscheidungen des Bayer-Konzerns in Bezug auf die Beteiligung an der Bayer Schering Pharma AG (vormals Schering AG) wesentlich von den hier gemachten Einschätzungen und den hier dargestellten Vorhaben abweichen. Diese Faktoren schließen diejenigen ein, die in unseren Berichten an die Frankfurter Wertpapierbörse sowie die US-amerikanische Börsenaufsicht (SEC) (inkl. Form 20-F) beschrieben sind. Alle in die Zukunft gerichteten Aussagen beruhen jeweils auf den Informationen, die uns zu dem Zeitpunkt, an dem sie gemacht worden sind, zur Verfügung standen, und soweit rechtlich nicht anders vorgeschrieben, übernehmen wir keine Verpflichtung, diese in die Zukunft gerichteten Aussagen zu aktualisieren oder an neue oder später bekannt gewordene Informationen, Umstände oder Sachverhalte anzupassen.

Die Namen „Bayer Schering Pharma“ oder „Schering“ stehen in dieser Publikation immer gleichbedeutend für die Bayer Schering Pharma AG, Berlin, Deutschland oder für deren Vorgängerin, die Schering AG, Berlin, Deutschland.